

Christoph Brüll, Tobias Dewes, Andreas Fickers und Vitus Sprotten (Hrsg.)

Grenzerfahrungen

Eine Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens

Band 6

Föderalisierung, Strukturwandel,
Erwartungshorizonte (1973-heute)

mit Beiträgen von

Philippe Beck, Christian Behrendt, Marnix Beyen, Magali Boemer,
Christoph Brüll, Tobias Dewes, Andreas Fickers, Jens Giesdorf,
Armin Heinen, Els Herrebout, Andy Jousten, Catherine Lanneau,
Victoria Mouton, Leonie Neuens, Norbert Nicoll, Christoph Niessen,
Anna Quadflieg, Peter M. Quadflieg, Hans Reul, Hubert Roland,
Vitus Sprotten, Werner Tschacher, Nicholas Williams, Julia Zeimers

und Karten von
Klaus-Dieter Klauser

GEV (Grenz-Echo Verlag), Eupen, 2023

www.gev.be

buchverlag@ge-media.be

ISBN 978-3-86712-184-2

D/2023/3071/6

Alle Rechte vorbehalten

Nichts aus dieser Ausgabe darf vervielfältigt, in einen Datenbestand übernommen und/oder veröffentlicht werden, sei es elektronisch, mechanisch, durch Fotokopien, Aufnahmen oder auf gleich welche andere Art und Weise ohne vorherige schriftliche Genehmigung des Verlags, der Fotografin oder der Illustratorin.



Mit Unterstützung
der Deutschsprachigen
Gemeinschaft Belgien

Das Publikationskonzept wird durch den wissenschaftlichen Beirat des Zentrums für Ostbelgische Geschichte V.o. G. begeitet.

Ihm gehören an: Prof. Dr. Marnix Beyen (U. Antwerpen), Ass.-Prof. Dr. Christoph Brüll (C²DH, U. Luxemburg), Els Herrebout (Staatsarchiv in Eupen), Prof. Dr. Catherine Lanneau (U. Lüttich), Prof. Dr. Hubert Roland (FRS-FNRS, U. Louvain-la-Neuve), Prof. Dr. Sabine Schmitz (U. Paderborn), Prof. Dr. Denis Scuto (C²DH, U. Luxemburg), Stefan Wunsch (Vogelsang IP)

Printed in EU

Inhaltsverzeichnis

VOM OPFERNARRATIV ZUR ERFOLGSGESCHICHTE?	8
Erfahrungsräume und Erwartungshorizonte der deutschsprachigen Belgier in Zeiten von Strukturwandel und Föderalisierungsprozessen	
Von Andreas Fickers und Christoph Brüll	
POLITISCHE MITWIRKUNG UND RECHTLICHE STELLUNG	22
Ostbelgien (die Deutschsprachige Gemeinschaft) im föderalen Belgien	
Von Andy Jousten und Christian Behrendt	
DIE „BESTGESCHÜTZTE MINDERHEIT DER WELT“?	36
Die Deutschsprachige Gemeinschaft – eine nationale Minderheit und ein föderaler Teilstaat im Vergleich	
Von Christoph Niessen	
NOTWENDIGE ÖFFNUNG ODER EINE NUMMER ZU GROSS?	50
Die institutionellen Außenbeziehungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft seit den 1970er Jahren	
Von Christoph Brüll und Anna Quadflieg	
EINE JUNGE DEMOKRATIE AUF DER SUCHE NACH STABILITÄT	68
Die Entwicklung der ostbelgischen Parteidemokratie im Kontext der Gemeinschaftswahlen (1974-2019)	
Von Vitus Sproten und Leonie Neuens	
VON DER VERWALTUNGSZELLE ZUM MINISTERIUM DER DG	88
Grundzüge einer frühen Verwaltungsgeschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens	
Von Peter M. Quadflieg	
KRISENJAHRZEHNTEN UND IHRE BEWÄLTIGUNG IM UMBRUCH ZUM 21. JAHRHUNDERT	106
Die ostbelgische Wirtschaft im Spiegel nationaler Krisenwirtschaft	
Von Tobias Dewes	
LEHRJAHRE POSTINDUSTRIELLER MODERNE	134
Duale Berufsausbildung in Ostbelgien und die Chancen und Grenzen kleingliedstaatlicher Politik (1970 bis heute)	
Von Armin Heinen	

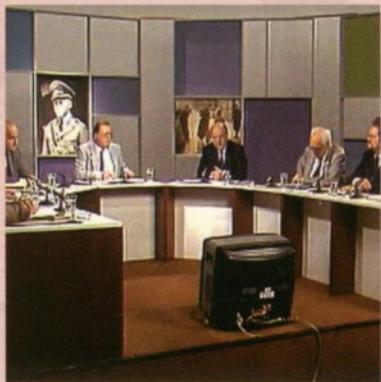
GLOBAL DENKEN, LOKAL HANDELN	158
Von den „Grenzen des Wachstums“ zu einer nachhaltigen Gesellschaft?	
Von Andreas Fickers und Norbert Nicoll	
„DIE SCHLECHTEN STRASSEN UNTER SEINEN FÜSSEN.“	176
Die Entwicklung der Mobilität der deutschsprachigen Belgier zwischen 1973 und 2023	
Von Vitus Sproten	
MEHRSPRACHIGKEIT? JA! ABER WIE?	192
Meinungen zur Unterrichtssprachenpolitik der DG (1963-2004)	
Von Magali Boemer und Julia Zeimers	
„ICH WÜRDE NIE FÜR EINEN MANN SANKT VITH VERLASSEN.“	210
Frauen in der DG und ihre Rolle(n) im Wandel der Zeit (1973 bis heute)	
Von Els Herrebout und Leonie Neuens	
„.... DASS ÜBERGROSSER WOHLSTAND DER RELIGIÖSEN ENTWICKLUNG NICHT FÖRDERLICH IST.“	238
Ostbelgiens Kirchen seit 1973	
Von Nicholas Williams	
KULTURARBEIT UND AUTONOMIEENTWICKLUNG	256
Zur Geschichte der Vereinslandschaft im deutschsprachigen Belgien	
Von Jens Giesdorf und Hans Reul	
OSTBELGISCHE KATHARSIS?	272
Die Hermann-Niermann-Affäre als Medienevent	
Von Andreas Fickers	
VON DEN SCHATTEN DER VERGANGENHEIT ZU EINER OSTBELGITUDE	290
Auseinandersetzungen mit Geschichte und Identität in der Literatur Ostbelgiens	
Von Philippe Beck und Hubert Roland	
BLICKE VON AUSSEN	306
Vorstellungen von den deutschsprachigen Belgiern in Flandern, dem französischsprachigen	
Belgien, Deutschland und Luxemburg	
Von Marnix Beyen, Catherine Lanneau, Victoria Mouton und Werner Tschacher	

VERGANGENHEITSANGST IM PLENARSAAL	324
Politik und Geschichte im deutschsprachigen Belgien seit 1973: ein politik- und emotionsgeschichtlicher Zugang	
Von Christoph Brüll	
DIE AUTOREN	346
NACHWEIS DER BILDQUELLEN ODER BILDRECHTE	349

POLITIK UND GESCHICHTE IM DEUTSCHSPRACHIGEN BELGIEN SEIT 1973: EIN POLITIK- UND EMOTIONSGESCHICHTLICHER ZUGANG VERGANGENHEITSANGST IM PLENARSAAL

VON CHRISTOPH BRÜLL





Zwischen Ommerscheid und Wolfsbusch Hof und Pfarr Amel im Wandel der Zeiten



ZERSTÖRUNG UND WIEDERAUFBAU IN ROCHERATH-KRINKELT



Wie haben ostbelgische Politiker über die regionale Vergangenheit gesprochen? Welche Emotionen begleiteten dieses Sprechen oder machten es aus? Wie verhielten sich ihre Interventionen zum Stand der Erforschung der Regionalgeschichte? Die seit der langen Nachkriegszeit in Ostbelgien präsente Vergangenheitsangst veränderte sich spätestens seit den 2000er Jahren und damit änderten sich auch die Bedingungen, unter denen Regionalgeschichte gemacht wurde.

Hunderttausende Flamen wurden am 17. November 1985 erstmals mit der wechselhaften Vergangenheit ihrer Landsleute in den Oostkantons konfrontiert. Der bekannte Journalist Maurice De Wilde (1923-1998) widmete mit „Belgen tegen will en dank“ die erste Folge seiner VRT-Dokumentationsreihe „De kollaboratie“ ganz der Geschichte der Region von Eupen-Malmedy-Sankt Vith. Während knapp zwei Stunden kamen etliche nach dem Krieg wegen Kollaboration verurteilte Zeitzeugen zu Wort. Für den regionalen Kontext war der Heimatforscher und Vorsitzende des Geschichtsvereins „Zwischen Venn und Schneifel“ Kurt Fagnoul (1928-2009) zuständig.

Anschließend lud die VRT zu einer TV-Debatte über das eben Gesendete ein. Daran nahm der Präsident des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Kurt Ortmann (1931-2010; CSP), teil, an den sich die erste Frage des Moderators richtete.¹ Dieser hatte zuvor seine Einschätzung mitgeteilt, nach der die Bewohner der Oostkantons, „vor allem die junge Generation“, sich vierzig Jahre nach Kriegsende doch als Belgier fühlten – „wohl mehr als wir [Flamen; C. B.]“. Ortmann reagierte darauf mit großer Bestimmtheit:

„Ja, ich glaube, dass die große Masse unserer Bürger und unserer Jugend sich in Belgien wohlfühlt, jetzt vierzig Jahre nach dem Kriege. Und ich möchte mich bedanken“



Blick in das Rund der Fernsehsendung von Maurice De Wilde im Rahmen der Gesprächsrunde über „Belgen tegen wil en dank“ im öffentlich-rechtlichen Fernsehen.

als Präsident der Gemeinschaft, dass wir heute hier sein können, um in einer Debatte die Sache um die sogenannte Kollaboration in unserem Gebiet klarzustellen. Ich möchte aber schon jetzt sagen [...], dass man in unserem Gebiet nicht von Kollaboration sprechen kann, denn wir waren nicht besetztes Gebiet; Flandern war besetzt, Wallonien war besetzt, unser Gebiet war an Deutschland annexiert, bei uns herrschten die deutschen Gesetze. Wer bei uns also nicht dem Führerdiktat und der Diktatur des Nazismusses [sic] folgte, wurde automatisch erschossen. [...] Die Bevölkerung hat das Schwerste erleben müssen. [...] Und diese Zeit müssen wir nun [...] noch vertragen, verarbeiten und müssen noch mit dieser Generation fertigwerden und diskutieren und müssen noch gewisse Schäden dieser Zeit, die noch in der Bevölkerung haften, beheben.“²

Die Ausführungen des Ratspräsidenten stehen sinnbildlich für das Geschichtsbild der Ostbelgier in den 1980er Jahren, sobald es um den Zweiten Weltkrieg ging. Ortmanns bestimmter Ton war gekennzeichnet von Empathie mit der älteren Generation, wobei er bezeichnenderweise seine eigenen Jugenderfahrungen in der Vorkriegs- und Kriegszeit ausließ. Im Hintergrund schwelte die ungeregelte Frage der finanziellen Entschädigungen für die ostbelgischen Wehrmachtsoldaten („Zwangssoldaten“).

Zwischen den Zeilen lässt sich erkennen, dass Ortmann auch auf die mentalen Langzeitfolgen der Jahre 1919-1950 abhob. Indem er jedoch den Zwang, der auf der Bevölkerung gelastet habe, überzeichnete und deren Passivität betonte, machte er jede Frage nach individueller Verantwortung unmöglich und stellte den in der Dokumentation präsentierten Zeitzeugen nachträglich ein Entlastungszeugnis aus. Insgesamt diente Ortmanns Intervention zwei Zielen: dem Rest des Landes zu vermitteln, dass die Geschichte der Region anders verlaufen und somit anders zu bewerten sei als die in Innerbelgien und, mehr an die Zuschauer in der Deutschsprachigen Gemeinschaft gerichtet, dass die politische Regelung der Kriegsfolgenproblematik einen gesellschaftlichen Schlussstrich unter die bewegte Vergangenheit erleichtern könne. Die Intervention des höchsten Repräsentanten der deutschsprachigen Belgier war beredtes Beispiel für die Vergangenheitsangst, die in Ostbelgien weitverbreitet war und für die es in Reden und Interviews von Parlamentariern und Regierungen zahlreiche Beispiele gibt.

Vergangenheitsangst

Im Gegensatz zu Kammer und Senat oder auch zum Deutschen Bundestag nimmt das Parlament der DG keine besonderen historischen Daten oder Gedenktage zum expliziten Anlass für geschichtspolitische Selbstvergewisserungen. Für die Volksvertreter einer Minderheit, die sich seit den 1970er Jahren offensiv über ihre Sprache und ihre Geschichte definiert, mag dies überraschen. Es bedeutet allerdings nicht, dass die Vergangenheit im Plenarsaal und in medialen Einlassungen von Parlament und Regierung keinen Platz gehabt hätte.

Debatten wie diejenigen um die Namensgebung der Gemeinschaft im Jahr 1980, um die Schaffung eines Festtages der DG im Jahr 1990 und um die Niermann-Affäre in den Jahren 1987 und 1990 waren zudem immer auch geschichtspolitische Debatten. Freddy Cremer (* 1957) hat jedoch darauf hingewiesen, dass diese Debatten im Sinne eines aufgeklärten Geschichtsbewusstseins in Ostbelgien allzu häufig „kommunikative Sackgassen“ gewesen seien.³ Für die Zeit seit den 2000er Jahren hat Andreas Fickers (* 1971) schon früh auf die Gefahr der von Politikern gerne verbreiteten Erzählung einer Erfolgsgeschichte der Autonomie seit den 1970er Jahren hingewiesen. Einer Erzählung, welche den „positiven Ausgang“ der Autonomiebestrebungen als Kompensation für die Leiden in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts deutet.⁴

Im Zentrum der folgenden Interpretation relevanter Debatten in RdK/RDG/PDG und dem nationalen Parlament steht dabei das – in Anlehnung an Frank Biess entwickelte – Konzept der Vergangenheitsangst.⁵ Mit dem deutsch-amerikanischen Historiker wird das „Gefühl der Angst als eine unter vielen Möglichkeiten [verstanden], die Vergangenheit mit der Gegenwart und Zukunft zu verbinden“.⁶ Der Begriff trifft nicht nur die vielfach belegte Feststellung eines verkrampften Umgangs mit einer unverdauten Vergangenheit in Politik und Gesellschaft in der Region, sondern erlaubt auch einen Zugang, der diesen Umgang stärker in einen emotionsgeschichtlichen Kontext setzt.⁷ Es soll im Folgenden außer nach der politischen Funktion dieses Sprechens über Vergangenheit danach gefragt werden, welche Emotionen damit verbunden waren. Der parlamentarische und gubernamentale Rahmen scheint hierfür besonders geeignet, richtet sich gesetzgeberische Tätigkeit doch per se in die Zukunft, bedient sich dabei aber permanenter Rück-



Feuerwerk in Malmedy: Aus Anlass der 75jährigen Zugehörigkeit der Ostkantone zu Belgien wurde im Jahr 1995 ein großes Feuerwerk in Malmedy veranstaltet. Im Gebiet deutscher Sprache wurden die historischen Lesarten derweil seit den 1990er Jahren etwas nuancenreicher.

griffe auf die Vergangenheit. Der emotionsgeschichtliche Zugang zu Parlamentarierinterventionen berücksichtigt auch das Spannungsfeld zwischen individueller Emotion (ob bewusst oder unbewusst eingesetzt) und öffentlichen Diskursen über die Vergangenheit der deutschsprachigen Belgier.

Eine weitere Frage betrifft das Verhältnis von politischen Akteurinnen und Akteuren und dem Stand der historischen Forschung: Inwieweit haben die Fragen und Erkenntnisse der Historikerinnen und Historiker Einzug ins Parlament (auch in mediatisierter Form) erhalten? Diese Frage soll zudem eine Annäherung an die soziale Rolle von Geschichte bzw. des Umgangs mit der Vergangenheit im Ostbelgien der Gegenwart ermöglichen.

„Fehlende Auseinandersetzung mit der Vergangenheit“

Wenige Wochen nach der Ausstrahlung von „Belgen tegen will en dank“ kam der CSP-Kammerabgeordnete Albert Gehlen (* 1940) in einer Replik auf die Regierungserklärung des gerade bestätigten Premierministers Wilfried



Burgfest in Burg-Reuland

1000 jähriges Bestehen der Burg

SAMSTAG, 29. JULI 1972

16 Uhr Eröffnung der Ausstellung mit Werken einheimischer Künstler in der staatlichen Mittelschule Burg-Reuland

18 Uhr Eröffnung der Feierlichkeiten in der 1000-jährigen Burg-Ruine
Konzert des Musikvereins AUEL-STEFFESHAUSEN

Anschliessend »BALL« mit der beliebten Kapelle »SILVER SHADOWS«

SONNTAG, 30. JULI 1972

13 Uhr Festzug durch das Dorf. Abgang am Hotel »Val du L'Our«

Konzert der anwesenden Vereine

17 Uhr »BALL« mit den Kapellen abwechselnd:
Bayern-Blas-Kapelle und Silver Shadows

Bei Anbruch der Dunkelheit:

„Einmalino annoe CCICEDIMEDU aus München“

Im Jahr 1972 wurde in Burg-Reuland etwa das „1000jährige Bestehen“ der Burg gefeiert. Seit den 1990er Jahren erhielt die Zeitgeschichte des Gebietes immer mehr Aufmerksamkeit. Die wissenschaftliche Beschäftigung mit Themen des Mittelalters oder der Frühen Neuzeit geriet eher in den Hintergrund.

Martens auf die Sendung zurück. Gehlen verspürte das Bedürfnis, einige Dinge geradezurücken:

„Da nur Personen unter dem Gesichtspunkt der Kollaboration zu Wort kommen, kann diese Sendung unserer Gemeinschaft in der nicht informierten Öffentlichkeit und unserem gemeinsamen Ziel, die Zwangssoldaten als Kriegsopfer anzuerkennen und zu entschädigen, schweren Schaden zufügen.“

Gehlen zählte den Wissensstand der Zeit auf: dass zwischen November 1939 und Mai 1940 weniger als zehn Prozent der Wehrpflichtigen aus der Region aus der belgischen Armee desertiert seien, dass die Londoner Exilregierung von Hubert Pierlot erst nach mehr als drei Jahren gegen die

„ungerechte Annexion“ protestiert habe und dass der damalige Premierminister Gaston Eyskens 1970 die durch das Unverständnis der nationalen Behörden bedingten negativen Folgen für die Bevölkerung in der Region anerkannt habe. Der Premierminister, die Minister und das nationale Parlament könnten, so Gehlen, „den Tausenden betroffenen Mitbürgern Gerechtigkeit erweisen“, indem sie die Entschädigungsfrage endlich regelten. Auch hier kämpfte Gehlen gegen das in Belgien weit verbreitete Unwissen über die Geschichte der Region an, um mit den „Zwangssoldaten“ den „politischen Dauerbrenner“⁹ der Nachkriegszeit wieder einmal im nationalen Parlament zu thematisieren.

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft stieß sich der Journalist und Schriftsteller Freddy Derwahl (* 1946) mit Verve an dem Bild, das De Wilde in seiner Dokumentation von Ostbelgien gezeichnet hatte, und warf diesem vor, die Bevölkerung karikiert zu haben: „Hand aufs Herz, wackerer Europa-Bürger, in Wahrheit bist du doch ein aufrechter Preuße.“¹⁰ Mit solchen Darstellungen müsse Schluss sein. Ihm antwortete der Geschichtsstudent Carlo Lejeune (* 1963). Er könne verstehen, dass De Wildes Sendung das „Heile-Tourismus-Welt-Denken“ mancher Ostbelgier verletzt habe, trotzdem sei die Forderung nach „Schluss“ genau das Gegenteil von dem, was die junge Generation brauche. Der flämische Journalist habe sich mit einer Zeit beschäftigt, die noch nicht einmal ansatzweise aufgearbeitet worden sei, diesen „Bewusstseinsbruch zwischen Generationen“ gelte es zu überwinden und nicht zu evakuieren.¹¹

Während in der Bundesrepublik zur gleichen Zeit über die Rede Richard von Weizsäckers zum 8. Mai 1985 als Tag der Befreiung auch für die Deutschen leidenschaftlich gestritten und eine neue Perspektive auf die nationalsozialistische Vergangenheit verhandelt wurde, war es in der kleinen belgischen Grenzregion still geblieben. Das Beschweigen wurde nur durch Betroffenheitsliteratur gebrochen, eine ernstzunehmende regionale Geschichtsschreibung gab es nicht. Die existierende Forschungsliteratur war in den 1960er und 1970er Jahren von den mit der Region verbundenen, aber nicht dort lebenden Historikern Klaus Pabst, Heinz Doepgen, Heidi Christmann und Martin R. Schärer verfasst worden. Zwar wurde der Terminus „Vergangenheitsbewältigung“ nicht selten auch von ostbelgischen Politikern in den Mund genommen, mit Inhalt gefüllt wurde er nicht.¹²

Fünf Jahre nach „De kollaboratie“ hatte sich daran, entgegen einer von Kurt Ortmann in der Fernsehdebatte geäußerten Hoffnung, nichts geändert. Und diesmal waren Lejeune und Derwahl sich einig. Der Historiker Lejeune hatte sich in einem vom Grenz-Echo veröffentlichten Tagungsvortrag vom Mai 1990 mit der „fehlenden Auseinandersetzung mit der Vergangenheit in Ostbelgien“ beschäftigt und wurde dabei deutlich:

„Zwar ist die Geschichte der Zwischenkriegszeit wissenschaftlich aufgearbeitet worden, doch hat dies [...] keine Entsprechung in der Allgemeinliteratur gefunden. Geschichtsvereine, Buchautoren, Journalisten sowie die meisten Betroffenen befleißigen sich, die eigene Geschichte der letzten 70 Jahre weiterhin zu tabuisieren und somit den politischen Instrumentalisierungsbestrebungen der Politiker dienlich zu machen. In der ostbelgischen Politik spiegelt sich aber die sogenannte ‚Meinung des Volkes‘ wider, die weiterhin und bevorzugt an vereinfachenden formelhaften Vorurteilen wie auch an der undifferenzierten Reduktion aller Probleme auf den Gegensatz probelgisch-prodeutsch festhält. Diese Verfestigung des alten Gegensatzes begründet sich psychologisch in der Suche nach einem Sündenbock; denn nur durch Sündenböcke lässt sich von der eigenen Schuld und Verantwortung ablenken.“¹³

Lejeunes Kritik und Vorschläge für eine Erneuerung der Historiografie bildeten gemeinsam mit der ebenfalls 1990 von Freddy Cremer und Werner Mießen (* 1945) organisierten Ausstellung „Die verdrängten Jahre“ und der Herausgabe der von der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft finanzierten Bibliokassetten „Grenzland seit Menschengedenken“ den Auftakt für eine aus der Region hervorgehende wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der „eigenen Vergangenheit“, an der sich – allerdings ohne dass es zu einem Dialog mit den Forschern gekommen wäre – auch Derwahl und seine Schriftstellerkollegen Leo Wintgens (* 1938) und Bruno Kartheuser (* 1947) beteiligten.¹⁴

Derwahl hatte in einem Zeitungskommentar zum 50. Jahrestag des Einmarsches der Wehrmacht in Belgien darauf hingewiesen, dass Verdrängung kein Weg des gesellschaftlichen Umgangs mit der Vergangenheit sei. Besonders monierte er das erneute Ausbleiben einer parlamentarischen Debatte über das „schwierige Datum“ des 10. Mai 1940:

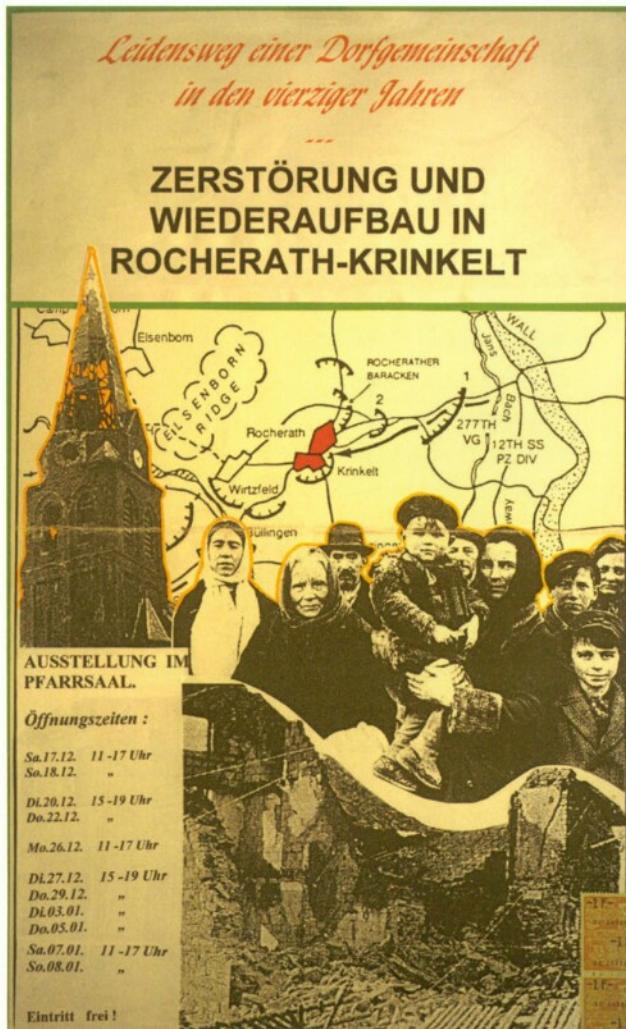
„So hätte es dem frei gewählten Gemeinschaftsrat gut zu Gesicht gestanden, wenn er rechtzeitig die Initiative dieser heiklen, jedoch unverzichtbaren Debatte ergriffen hätte, um somit aus der Distanz eines pluralistischen Forums der unausweichlichen Wahrheit endlich eine Bresche zu schlagen.“¹⁵

Die „schmerhaftesten Probleme“

Die Verabschiedung eines Statuts für die „Dienstverpflichteten in der deutschen Armee“ und – als vergangenheitspolitische Kompensation – für die „Widerstandskämpfer gegen den Nazismus in den annektierten Gebieten“ im Jahr 1974 war ein Meilenstein in der Kriegsfolgengesetzgebung gewesen.¹⁶ Nachdem die Bundesrepublik in zwei Abkommen mit Belgien 1962 und 1973 eine Kriegsopfersversorgung in Höhe



Die wichtigste Infrastruktur für die Geschichtsarbeit in Ostbelgien wurde im Jahr 1989 mit dem Staatsarchiv eingerichtet. Nach der Gründung des Archivs wurden allmählich wichtige Bestände zur Geschichte des Gebietes in die Dienststelle in noch provisorische Magazine überführt.



Die Zerstörungen und hiermit verbundenen Fluchtbewegungen durch die Ardennenoffensive wurden für viele Eifeler zum zentralen Erinnerungsort des 20. Jahrhunderts, der in Veröffentlichungen und bei Veranstaltungen thematisiert wurde.

von 43,5 Millionen DM zur Verfügung gestellt hatte,¹⁷ war die Schaffung des Statuts die Voraussetzung dafür, alle Betroffenen für den Militärdienst in deutschen Verbänden finanziell zu entschädigen, unabhängig davon. Seit Ende der 1970er Jahre tagten Verwaltungskommissionen, die die eingereichten Anträge begutachteten. Auf dem Weg zur Zuverkennung einer finanziellen Entschädigung war man jedoch noch nicht weitergekommen. Daher verabschiedete der RdK im November 1979 eine Resolution an die Regierung in Brüssel, die diese dazu aufforderte, eine finanzielle Entschädigung möglich zu machen. In der Debatte wurde die Besonderheit der Geschichte der Ostkantone – betrof-

fen waren ja auch die Gemeinden Malmedy und Weismes – hervorgehoben, wie der liberale Abgeordnete Fred Evers (1935-2018) dies in einem historischen Exkurs bei der Verabschiedung des Statuts 1974 ebenfalls getan hatte.¹⁸ Der PDB-Provinzialrat Joseph Dries (* 1946) sprach davon, dass „das Anderssein der Minderheit vom stärkeren Teil, von der Mehrheit voll und ganz akzeptiert werden [muss]“.¹⁹ Damit visierte er vor allem die französischsprachigen Belgier.

Der CSP-Kammerabgeordnete Willy Schyns (1923-2001) sprach im RDG von den Hindernissen, mit denen sich die Parlamentarier aus der Region seit 1945 in Brüssel konfrontiert sahen:

„Um von dieser unheilvollen Kriegs- und Nachkriegsgeschichte im damaligen belgischen Parlament zu sprechen, erforderte schon eine Portion Mut und Zivilcourage. Unsere gesamte Gegend wurde damals als unbürgerlich betrachtet. Dann kann man sich auch vorstellen, welchen Mut [sic!] es bedurfte, um für diese Personen, für unsere Gegend im belgischen Parlament, das meistens und überwiegend aus politischen Gefangenen und Kriegsgefangenen zusammengestellt war, das Wort zu ergreifen [...]. Wir haben das stets freimütig und offen getan [...]. Es waren damals nur sehr wenige Politiker im belgischen Parlament, die diese Situation anerkannten und auch verstanden.“²⁰

Legitimer Frust, Selbstrechtfertigung und Unsachlichkeit (etwa in der Anspielung auf die Zusammensetzung der Kammer, die den Widerstandskämpfern und Kriegsopfern unterstellten, kein Verständnis für die ostbelgische Situation aufbringen zu können) gingen in diesen Worten eine Verbindung ein, hatte doch die CSP als dominierende Partei den Hauptteil der vergangenheitspolitischen Last geschultert.

Der junge CSP-Abgeordnete und Jurist Rolf Lennertz (* 1953) präsentierte eine sehr persönliche Sicht auf die ostbelgische Vergangenheit, die durchaus stellvertretend für einen Opferdiskurs gelesen werden kann, der auch in der Generation der Kinder und Enkel präsent war:

„Der Rat der deutschen Kulturgemeinschaft behandelt heute ein ernstes Thema, das die wohl schmerhaftesten Probleme der Geschichte unserer Gegend berührt. Kaum

zwanzig Jahre nach der Zuteilung zum Königreich Belgien, die von vielen in den Zwischenkriegsjahren nie anerkannt und aktiv bekämpft wurde, kam das Gebiet deutscher Sprache durch eine gewaltsame und illegale Annexion zurück zum Deutschen Reich. Die damalige belgische Regierung in London, die gleichwohl diese Annexion niemals anerkannte, ließ in diesem entscheidenden Moment die deutschsprachigen Belgier im Stich. Kein Lebenszeichen, keine Anweisungen, keine Durchhalteparolen für die eingegliederten Kantone kamen je hier an. Und auch nach der Befreiung gab es für die hartgeprüften, mit schweren Verlusten geschlagenen deutschsprachigen Belgier keine Anerkennung, wenig Gerechtigkeit, Säuberungen und Bestrafungen und kaum Verständnis für das ertragene Leid, das waren die Früchte eines Hasses, die die Älteren unter uns ernitten mußten, obschon sie diesen Haß nicht gesät hatten. Uns, den Glücklicheren, Jüngeren der Nachkriegsgeneration, die wir nie vor der Wahl gestanden haben, die den Älteren aufgezwungen wurde, steht kein Urteil über das damalige Geschehen zu. Wir können nur Respekt und Mitgefühl für die bezeugen, die gelitten haben, und müssen mit allen unseren Kräften denen zu Hilfe eilen, denen 34 Jahre nach Ende des hoffentlich letzten Weltkrieges immer noch keine Gerechtigkeit zuteil wurde.“²¹

Das Mitgefühl eines Sohnes und Enkels war hier greifbar. Trotz der vom Redner angesprochenen Tatsache, dass ein Teil der Bevölkerung sich in der Zwischenkriegszeit gegen eine Integration in den belgischen Staat ausgesprochen und engagiert hatte, schien eine Interpretation, die die Passivität der jungen Männer in der Kriegszeit überwunden hätte, noch außerhalb des Vorstellungshorizonts bzw. zumindest der öffentlichen Sagbarkeit. Der entschuldigende Ton tat sein Übriges. Die Kritik an der ausbleibenden Reaktion der Exilregierung auf die Annexion und am Verständnis der belgischen Behörden in der Nachkriegszeit war hingegen allgemein akzeptiert. Bemerkenswert ist dabei die Unbestimmtheit der Beschreibung, die dafür spricht, dass es hier um unmittelbar mündlich vermittelte Erfahrungen ging und nicht um Geschichtsbuchwissen.

Es sollte nicht das letzte Mal gewesen sein, dass die parlamentarische Vertretung der deutschsprachigen Belgier sich auf nationaler Ebene für die Entschädigung der ostbelgischen Wehrmachtsoldaten einsetzte. Während für die



Die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg wurde nicht nur durch die betroffenen Generationen am Leben gehalten, sondern blieb auch durch die Zwangssoldatenproblematik politisch lange Zeit virulent.

anerkannten Widerstandskämpfer eine solche Regelung 1982 gefunden wurde,²² blieb ein im gleichen Jahr vorgebrachter Gesetzesvorschlag der Kammerabgeordneten Evers und Gehlen ohne Erfolg. In einer RdK-Debatte erklärte Joseph Dries, dass ohne die Lösung der Frage „weite Teile der Bevölkerung in einer negativen Einstellung zum Staate verbleiben“ würden.²³ In einer Debatte um eine Resolution an die Unterhändler zur Bildung einer neuen Regierung im März 1988 konnte Norbert Scholzen (1928-2016; PDB) nur hoffen, dass eine Regelung „zu einer späten Aussöhnung einer ganzen Generation mit dem belgischen Staat führen“ könne. Er warnte davor, dass weitere Forderungen der Widerstandskämpfer zum „Bremsklotz“ würden:

„Der historische und der moralische Hintergrund der Zwangssoldatenproblematik einerseits und der Widerständlerproblematik andererseits ist sehr unterschiedlich; deshalb dürfen beide Gruppen nicht gegeneinander aufgewogen werden. Ich verweise dabei nur auf die Regelung im Großherzogtum Luxemburg, wo die Zwangssoldaten und die Widerständler die gleiche gerechte Behandlung erfahren, obwohl sie im Krieg auf entgegengesetzten Seiten standen. Würde dies auch hier

geschehen, würde das Gefühl abgebaut, daß es in Belgien und in unserem Gebiet Bürger erster Klasse und Bürger zweiter Klasse gibt. Würde dies hier geschehen, könnten die tiefen Gräben, die unsere Bevölkerung und selbst einzelne Familien jahrzehntelang gespalten haben, vollends geschlossen werden. [...] Die Regelung der Zwangssoldatenforderungen ist nicht nur ein Anspruch der älteren Generation. [...] es gibt auch junge Leute [...], die diese schier endlose Debatte verfolgen – natürlich aus einem anderen Blickwinkel als wir Älteren – und die unmittelbar betroffen sind. Aber die Jüngeren hinterfragen – teilweise sehr kritisch –, wie alles gewesen ist. [...] Die Regelung oder Nicht-Regelung unserer Forderungen wird später einmal, wenn diese Frage historisch gewertet werden kann, mit darüber entscheiden, ob die zukünftigen Generationen unseres Gebietes mit einer Hypothek belastet oder als vollends akzeptierte Bürger in Belgien leben dürfen.“²⁴

Während Scholzen einen verhaltenen Optimismus an den Tag legte, der demjenigen von Ortmann nicht fern war, lag in den Aussagen seines grünen Parlamentskollegen Joseph Benker (1939-1998) Skepsis und Traurigkeit:

„[...] ich befürchte, daß es in Belgien keine Mehrheit mehr geben wird, die den Zwangssoldaten die Rente zusprechen könnte, auf die sie ein Anrecht haben. Ich könnte mir vorstellen, daß [...] in Brüssel [...] das ungelöste Problem der Zwangssoldaten wieder auf die lange Bank geschoben wird. Dahinter steckt ganz sicher das Problem der Vergangenheitsbewältigung, die weder in Ostbelgien noch im Innern des Landes stattgefunden hat. Schließlich sollten wir uns doch ehrlich die Frage stellen: Was sind Zwangssoldaten? Für mich sind alle Soldaten Zwangssoldaten, selbst diejenigen, die glauben, sie seien Freiwillige; die werden noch mehr manipuliert als andere. Ich bin sehr traurig darüber, daß das Land, das ich mein Vaterland nennen soll, unsere Väter so lange im Stich läßt.“²⁵

Benker thematisierte das Unausgesprochene und schlug dabei einen Bogen zum Umgang mit dem Zweiten Weltkrieg im Rest des Landes, der deutlich machte, dass es nicht nur die Generation der Betroffenen war, die an der unbewältigten Vergangenheit zu tragen hatte, sondern dass der gesamte gesellschaftliche Zusammenhalt davon betroffen war.

Benker traf, wenige Monate nach Beginn der Niermann-Affäre, einen zentralen Punkt, wurde jedoch, was seinen Pessimismus bei der Zwangssoldatenentschädigung anging, eines Besseren belehrt. Im April 1989 wurde das Gesetz über die finanzielle Kompensation im Parlament angenommen. Für Albert Gehlen „einer der schönsten Tage in meiner parlamentarischen Laufbahn“, von dem er hoffte, dass er „über das heutige Gesetzeswerk hinaus positive Folgen haben wird“.²⁶

Gehlen wertete die Einstimmigkeit im Ausschuss, der eine breite Mehrheit im Plenum folgen sollte, als

„Beweis dafür, dass das gesamte Parlament die Bevölkerung der Ostkantone im Erleiden einer wechselvollen Geschichte [...] verstanden hat“.

Sein Aufruf nach außen und die Forderung nach einer „objektiven“ Sicht auf die regionale Vergangenheit erfolgten jedoch zu einer Zeit, als Emotionalisierung und nicht Versachlichung die politischen Auseinandersetzungen um einen Zeitabschnitt, der nicht umsonst als „verdrängte Jahre“ bezeichnet wurde, mit aller Härte prägte.

„Im Sog einer polemisch aufgepeitschten Vergangenheitsbewältigung“

Im Spätsommer 1987 wurde öffentlich, dass die PDB, die Erwachsenenbildungsorganisation InED und andere kulturelle Akteure aus deren Umkreis seit Jahren finanzielle Unterstützung vonseiten der Düsseldorfer Hermann-Niermann-Stiftung bezogen hatten. Darüber hinaus kam ans Tageslicht, dass das Kuratorium der Stiftung in Teilen mit rechtsextremen und rechtsnationalen Mitgliedern besetzt gewesen war.²⁷ Brisant war auch, dass der langjährige PDB-Fraktionsvorsitzende Lorenz Paasch (* 1947) das Amt des Geschäftsführers der Stiftung angenommen hatte – wenn auch mit dem expliziten Ziel, deren Gremien von den neonazistischen Mitgliedern zu reinigen und völkischen Umtrieben ein Ende zu bereiten. Die Niermann-Affäre sollte den RDG, die Justiz und die Öffentlichkeit in der DG über lange Jahre beschäftigen.²⁸

Mehrmals war die Affäre Gegenstand heftiger Ratsdebatten. 1994 beschloss die Regierung von Ministerpräsident Joseph Maraite (1949-2021; CSP) eine Unvereinbarkeit zwischen Projektförderungen seitens der DG und der Nier-



Seit 2003 existierte mit dem Projekt „Grenzgeschichte“ unter der Leitung von Herbert Ruland (rechts im Bild) eine erste Initiative, die Zeitgeschichtsforschung in Ostbelgien zu professionalisieren.

mann-Stiftung, was deren Fördertätigkeit in der DG zu einem Ende brachte. 1995 wurde ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss eingesetzt, der 1997 seinen Bericht vorlegte. Dessen Schlussfolgerungen bescheinigten den PDB-Politikern, sich keiner rechtsextremen Umtriebe schuldig gemacht zu haben, kritisierte jedoch die von diesen nur zäh vorangetriebenen Aufklärungsbemühungen zur Arbeit der Stiftung und zu den Aktivitäten in Ostbelgien vor 1987.²⁹

Deutsche Gelder, die nach Ostbelgien flossen: Das weckte ungute Erinnerungen an die Zwischenkriegszeit und die „kulturpolitische Betreuung“ des abgetretenen Eupen-Malmedy durch reichsdeutsche Behörden und Vereinigungen mit dem Ziel der „Heimholung“.³⁰ Die Aufdeckung der Zahlungen beschwore die Gefahr einer neuen Heim-ins-Reich-Bewegung, die man seit den 1950er Jahren in verschiedenen Variationen in der Region gehört hatte und die 1987 ein überregionales Presseecho erfuhr.³¹

Am 17. September 1987 brachten die SP-Ratsmitglieder Karl-Heinz Lambertz (* 1952) und Marcel Lejoly (* 1948) einen Abänderungsvorschlag zu einem von den Mehrheitsparteien CSP und PFF eingebrachten Resolutionsvorschlag an die Regierung ein, der drei Ziele verfolgte: die Aufklä-

zung der Zahlungsvorgänge, die Feststellung, dass „die im Rat vertretenen Parteien den Vorwurf des Rechtsextremismus und des Neonazismus weder gegen eine Fraktion noch gegen einzelne Ratsmitglieder erhoben haben“, und den Aufruf, bei der öffentlichen Rede immer die 1980 festgelegte Bezeichnung „Deutschsprachige Gemeinschaft“ zu verwenden. Als Präambel des Vorschlags griffen Lambertz und Lejoly auf eine Formulierung zurück, die Ersterer bereits bei der Eröffnungssitzung der neuen Sitzungsperiode zwei Tage zuvor verwendet hatte:

„Der Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft bedauert, daß [...] die noch junge Autonomie in den verhängnisvollen Sog einer polemisch aufgepeitschten Vergangenheitsbewältigung zu geraten droht, die an den wirklichen Gefahren des Rechtsextremismus in der heutigen Zeit vorbeischießt.“³²

Letztere Befürchtung trat ein. Weder trugen die Ratsdebatten und die Hunderte von Presseartikeln, die zur Niermann-Affäre erschienen, etwas zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in Ostbelgien bei, noch leisteten sie geschichtspolitische Aufklärung als Beitrag zur Vergangenheitsbewältigung.³³ Tatsächlich bezog sich der Begriff „Vergangenheitsbewältigung“ in der Debatte auf die Niermann-Zahlungen, nicht jedoch auf die historischen Entwicklungen, vor deren diffusem Hintergrund sie in einer Mischung aus Emotion und politischem Kalkül thematisiert wurden.³⁴ Der von den Mehrheitsparteien und der SP betonte Verweis auf die offizielle Terminologie, den Cremer als „Abgrenzung“ gegenüber Deutschland interpretiert hat,³⁵ erscheint als Reaktion auf einen PDB-Diskurs, der ständig die Zugehörigkeit zur „deutschen Kulturnation“ betonte, verständlich.³⁶ Ebenso wenig jedoch wird man die Niermann-Affäre als positiven Bestandteil eines Klärungsprozesses der Beziehungen zwischen der DG und Deutschland werten können,³⁷ ihr Verlauf war ein Hindernis in einem länger währenden Prozess, der seit Ende der 1990er Jahre zu einem unverkrampfteren Blick auf den Nachbarn im Osten führte.

Wenn man feststellt, dass in vielen Ratssitzungen mit wenig historischem Wissen gestritten wurde, darf man nicht außer Acht lassen, dass es durchaus bemerkenswerte Interventionen gab. Darunter fällt die Rede des SP-Ratsmitglieds Walter Möller (1952-1988) im Oktober 1987:



Im Jahr 1994 wurde das zehnjährige Bestehen der Deutschsprachigen Gemeinschaft „Regierung und Ministerium“ gefeiert.

„Wenn die SP-Verantwortlichen unserer Gemeinschaft mit selbstaufgerlegter Vorsicht reagiert haben, so taten sie dies nicht etwa aus finanziellen Gründen bzw. aus rein taktischen Überlegungen. Nein, wir bemühen uns aufrichtig, einem Grundsatz unserer Vorkämpfer gerecht zu werden, die entweder im KZ von Sachsenhausen nach fast fünf Jahren unmenschlichen Leidens lebendig herausgekommen sind – wie etwa unser Parteisekretär von 1927 bis 1940, Wilhelm Fohn aus St. Vith – oder die Kriegszeit im Exil verbringen mußten. Stellvertretend für viele mutige Parteiverantwortliche möchte ich an dieser Stelle Erni Simons aus St. Vith erwähnen, der nach dem Krieg mit Erfolg versucht hat, die verfeindeten, fast unversöhnlichen Lager im St. Vither Vereinsleben wieder zusammenzuführen. [...] Vergangenheitsbewältigung ist gewiß nötig, um künftige Generationen über die Gefahren einer Diktatur aufmerksam zu machen. Doch sollte dies nicht alte Wunden aufreißen, die bisher in fast allen ostbelgischen Familien jedoch nur mühsam verheilt sind. Wem nützt etwa eine solche erneute Neo-Nazi-

Debatte? Gewiß nicht unseren Zwangssoldaten, die als Kanonenfutter dem NS-Wahnsinn geopfert werden sollten.“³⁸

Dass ein Parlamentarier seine Ausführungen in eine längerfristige Widerstandskontinuität stellte und sich um eine gewisse Traditionsbildung bemühte, um seine gegenwärtige Haltung zu begründen, war ein seltener Moment. Die Rede vom antifaschistischen Engagement und vom Willen zur Versöhnung in der Nachkriegszeit legitimierte Mölters Sicht auf die Niermann-Affäre und insbesondere den von seiner Fraktion geforderten Blick, den Rechtsextremismus dort auszumachen und zu bekämpfen, wo er sich in ihren Augen tatsächlich befand. Mölter bewegte sich zudem in dem unauflösbaren Spannungsfeld einer Vergangenheitsbewältigung, in der Schweigen als ein Weg zur gesellschaftlichen Versöhnung dienen konnte, in der das Unausgesprochene im Sinne einer kommunikativen Gedächtnisarbeit (Aleida Assmann) jedoch gerade das Problem bildete.

Genau darauf zielte eine persönliche Reaktion von Lorenz Paasch, nachdem ihm die CSP-PFF-Mehrheit in derselben Sitzung eine persönliche Ehreerklärung verweigert hatte:

„Zur Politik bin ich überhaupt erst über einen ähnlichen Fall gekommen, nämlich über den Fall ‚Johann Weynand‘. Ich war damals als junger Lehrer zutiefst darüber empört, daß man einen Johann Weynand mit einem angeblich von ihm bestehenden Bild in einer SA-Uniform den Eintritt in den Senat verwehrt hat. Das hat mich so empört, daß ich damals spontan der christlichen Partei beigetreten bin! [...] Gerade deswegen bin ich so enttäuscht, daß mir 18 Jahre danach, als jemand, der nach dem Krieg geboren ist, der selbst wegen seines Alters nicht in Berührung mit dem Nationalsozialismus hat kommen können, solch eine Anschuldigung widerfährt. Denjenigen, die irgendwie in den Sog dieser Bewegung geraten waren, habe ich nie einen Vorwurf gemacht; ich habe immer versucht zu verstehen. Als Lehrer habe ich meinen Studenten immer wieder dargelegt, was Nationalsozialismus bedeutet [...]. Mich trifft das besonders, weil ich hier in diesem Hause immer die demokratische Diskussion gesucht habe. Abschließend möchte ich Sie nun fragen, werte Kollegen – wenn ich Sie noch so bezeichnen darf: Kann jeder von Ihnen, von sich selbst bzw. von seinem Vater behaupten – wie es der meine getan hat –, eine Beförderung als Beamter verweigert zu haben, um nicht in die NSDAP einzutreten zu müssen?“⁴³

Dass er sich mit dem Opfer der wohl bekanntesten politischen Affäre verglich, die sich in Ostbelgien seit 1945 ereignet hatte, verweist auf einen emotionalen Ausnahmezustand, der jedoch gleich wieder in eine überlegtere, wenn auch nicht von entschuldigenden Tönen freie Sprache überging.⁴⁰ Indem er darlegte, wie er den Nationalsozialismus als Gegenstand des Geschichtsunterrichts behandelt habe, und Wert darauf legte, dass es ums Verstehen – und demnach nicht um das Urteilen – ging, verband Paasch das Sprechen über die Vergangenheit und seine aktuelle Situation. Im Gegensatz zu Mölter machte der Historiker Paasch am eigenen Familienbeispiel den Bruch des Schweigens zur Kriegsvergangenheit zum Argument, um in der Gegenwart überhaupt sprachmächtig sein zu können.⁴¹ Diese Art von Verknüpfung von Geschichte und Gegenwart erntete heftigen Widerspruch von CSP-Parlamentarier Erwin Franzen (* 1956):

„Ich möchte wirklich niemanden beleidigen, aber anscheinend haben hier manche Leute zu viel Zeit. Es ist wahrlich nicht an der Zeit, uns hier von Lehrern Lektionen erteilen zu lassen, denn so hört es sich leider an! Hier will einer den anderen übertrumpfen. Wohlbemerkt, ich möchte niemanden beleidigen! Aber wir haben keinen Geschichtsunterricht oder Lektionen nötig. Hier geht es um Fakten!“⁴²

Diese Einlassung führte zum Eklat. Ecolo-Ratsmitglied Benker, der sich durchweg kritisch mit dem Umgang der Mehrheit mit der Niermann-Affäre gezeigt hatte, witterte ein Redeverbot für die Opposition, woraufhin die PDB für die folgende Abstimmung über die Resolution zur Niermann-Affäre den Saal verließ. In der Ostbelgien-Beilage der Aachener Volkszeitung beschrieb Willi Timmermann (1929-2010) die Szenerie:

„Unter großem Beifall von SP, PDB, Ecolo, SEP und der Zuschauer verließen Paasch und die PDB den Saal, in den ein betretenes Schweigen einkehrte.“⁴³

Die Vergangenheitsangst sorgte im Plenarsaal für Schweigen und geschichtspolitische Sprechblockaden, und dies wurde auch nicht durch weitere Debatten um die Niermann-Affäre beendet.⁴⁴ Und wenn das Beschweigen doch einmal durchbrochen wurde, waren Relativierungen und Rechtfertigungen nie fern – wobei man sicherlich auch mit einem Auge auf die Wähler aus der Kriegsgeneration schielte. In den 1990er Jahren setzte allerdings eine Entwicklung ein, die langsam und auch von den Akteuren unbemerkt ein anderes Sprechen über die Vergangenheit ermöglichen sollte – und für die es durchaus auch im Parlament einige Vorzeichen gab.

„Wechselvolle Vergangenheit“

In der letzten Ratssitzung vor den Wahlen 1999, die in der DG erstmals eine Mehrheit ohne Beteiligung der CSP zur Folge hatten, skizzierte Ratspräsident Manfred Schunck (* 1941; CSP) seine Vorstellung von der Identität der deutschsprachigen Belgier:

„Diese Identität ist eng verbunden mit unserer wechselvollen Geschichte und unserer geographischen Lage an Sprachen- und Kulturgrenzen. Wir sind weder Deutsche in Belgien noch Wallonen, die Deutsch sprechen. Wir

sind geprägt von einer Grenzidentität, [...] die unserer Jugend große Perspektiven eröffnen kann, wenn wir es denn ermöglichen. Diese Identität erlaubt es uns, nicht nur mehrere Sprachen zu sprechen. Nein, und das zeichnet auch heute schon viele Ostbelgier aus: Wir sind durchaus fähig, uns in andere Kulturen hineinzudenken bzw. hineinzufühlen. Für die heranwachsende Generation in einer sich globalisierenden Welt betrachte ich dies als einen unschätzbaren Trumpf.“⁴⁵

In dieser Vorstellung konnten sich sicher zahlreiche Ostbelgier wiederfinden, wenn auch die Idee, dass Identität nicht monolithisch, hierarchisch oder unveränderbar sei, noch nicht bei allen angekommen war.⁴⁶

Folgt man den Historikern Andreas Linsenmann und Bernard Ludwig, so ist für eine Grenzbevölkerung die Öffnung nach außen nur dann möglich, wenn sie einen aufgeklärten Umgang mit ihrer eigenen Vergangenheit gefunden hat.⁴⁷ Nach einhelligem Urteil von Historikern und Publizisten war dies um die Jahrtausendwende in Ostbelgien noch immer nicht der Fall.⁴⁸ Seit den ersten Initiativen für eine kritische Aufarbeitung der Geschichte in der Region im Jahr 1990 hatten sie eine Vielzahl von Publikationen zur regionalen Vergangenheit vorgelegt, konstatierten jedoch, dass dies noch nicht zu einer breiteren öffentlichen Auseinandersetzung mit den Befunden geführt hatte. Gerade die Historiker aus der Kinder- und Enkelgeneration betrachteten das ostbelgische Verhältnis zu Deutschland als an man gelndem Wissen krankend. Die in der direkten Nachkriegszeit geborenen Schriftsteller und Publizisten waren dahingegen eher am Verhalten des Einzelnen interessiert: Wo die Historiker die Gesellschaft als Ganzes in den Blick nahmen, ging es den Schriftstellern eher um Widerstand und Unangepasstheit in der ostbelgischen Vergangenheit. Dies lag auch in unterschiedlichen Blicken auf die Niermann-Affäre begründet, in der Freddy Derwahl und Bruno Kartheuser als vehement Kritiker der Stiftungsleitung Hauptakteure waren. Auf der anderen Seite war Freddy Cremers und Werner Mießens Ausstellungsprojekt „Die verdrängten Jahre“ 1990 von der DG und der Niermann-Stiftung finanziert worden, ihre Quellenedition „Spuren. Materialien zur Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens“ wurde 1995 von der König-Baudouin-Stiftung gefördert.

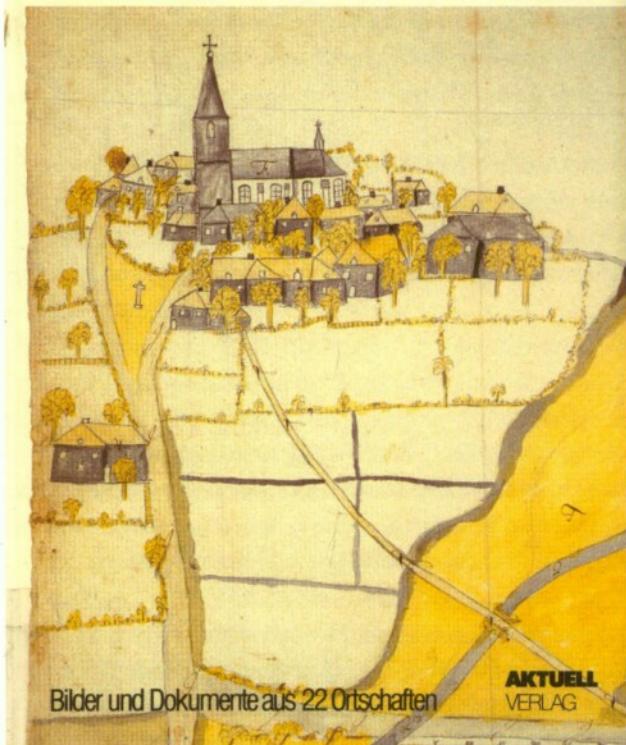


Thematisch diversifizierte sich das Geschichtsangebot in den letzten Jahrzehnten erheblich. Mit Themen wie „Der Strom kommt“ oder „Dünnbeinig mit Krummem Horn“ wurde gezeigt, dass auch populärhistorischere Themen in der Geschichtslandschaft angekommen waren.

Schriftsteller und Historiker betonten die langen Schatten der Vergangenheit, die bis in die Gegenwart reichten, und trafen sich bei der Thematisierung der Frage nach der individuellen Verantwortung in der ostbelgischen Vergangenheit.⁴⁹ Dabei hatte sich in den 1990er Jahren die Zahl der Geschichtsstudierenden aus der Region, die mit ihrer Studienabschlussarbeit wichtige Bausteine zur Regionalgeschichte lieferten, deutlich erhöht.⁵⁰ In einer Reihe von Ortschaften entstanden Dorfmonografien, die einen Schritt bei der Überwindung von Sprachlosigkeit darstellten. Außer durch eine größere zeitliche Distanz zu den Ereignissen wurde dies durch die Schaffung eines Staatsarchivs in Eupen im Jahr 1989 begünstigt, das eine lange vermisste

Zwischen Ommerscheid und Wolfsbusch

Hof und Pfarre Amel im Wandel der Zeiten



In der Tradition der Geschichtswerkstätten taten sich zwischen den 1980er und den 2000er Jahren viele Autorengruppen gerade in den Dörfern der Eifel zusammen und befassten sich in „Dorfmonographien“ mit der Geschichte und der Entwicklung ihrer Dörfer.

Forschungsinfrastruktur brachte.⁵¹ Der in dessen Kielwasser entstandene „Verein zur Förderung des Archivwesens in der DG“ entwickelte sich rasch zu einem wichtigen Akteur der Publikationsförderung.

Zeithistorische Forschung war an Personen gebunden, die als Geschichtslehrer oder Volkshochschuldozenten die nötigen Freiräume zur Forschung erst finden mussten. Schriftsteller, die als Lehrer oder Journalisten arbeiteten, erhielten zumindest zeitweilig eine von der DG finanzierte Freistellung, um ihrer literarischen Arbeit nachgehen zu können.

Seit den 1990er Jahren hatte es Pläne gegeben, in der DG ein Forschungszentrum für Zeitgeschichte sowie Arbeiter- und Sozialgeschichte zu schaffen. Um den Politikwissenschaftler und Soziologen Herbert Ruland waren seit den 1980er Jahren an der Volkshochschule der Ostkantone zahlreiche Forschungsprojekte über die Regionalgeschichte entstanden; zudem führte er Oral-History-Projekte durch, die die Zeitzeugenforschung erst nach Ostbelgien brachten. Der Versuch, ein – nach sozialistischen Politikern benanntes – Sistenich-Weiß-Institut zu gründen, scheiterte 1992 an einem fehlenden langfristigen Gesamtkonzept.⁵²

Zehn Jahre später war die Dynamik eine andere: Die kritische Masse der Geschichtsforschenden hatte sich deutlich vergrößert, sodass Überlegungen aufkamen, neben dem Staatsarchiv ein regionales Geschichtszentrum aufzubauen. Archivleiter Alfred Minke, der gleichzeitig als Professor an der katholischen Universität in Louvain-la-Neuve lehrte, war hier die Triebfeder und brachte die Überlegungen mit der Unterstützung des damaligen Kulturministers Bernd Gentges (* 1943; PFF) voran.⁵³ Neben ihm erarbeiteten auch Freddy Cremer, Carlo Lejeune und Andreas Fickers ein Konzept.⁵⁴ Allerdings schien die Zeit nicht reif: Das Geschichtszentrum wurde nicht realisiert, und auch das Konzept einer offenen Geschichtswerkstatt, das auf einem „Tag der Geschichte“ unter Beteiligung von Geschichtsvereinen und -forschenden im Oktober 2003 thematisiert wurde, fand keine Zustimmung.⁵⁵ Auch wenn Quellen dazu nicht vorliegen, waren es wohl die Vorstellung von Geschichtsforschenden als Einzelgängern (und noch nicht Teamplayern) sowie Befürchtungen der Geschichtsvereine, dass eine Geschichtswerkstatt ihnen aktive Mitglieder absperrig machen könnte, die mit zum Scheitern führten. Die schwelende Debatte um die Gefahren einer Konzentration der Regionalgeschichte auf die Zeitgeschichte hat sicherlich auch eine Rolle gespielt.⁵⁶ Minister Gentges sah indes keine Notwendigkeit, die mangelnde Dynamik „von unten“ durch eine Regierungsinitiative zu ersetzen.⁵⁷

Dass politische Akteure mehr und mehr an der Geschichtsarbeit interessiert waren, lag daran, dass sich der historische Angelpunkt ihrer Debatten von der schwierigen Kriegs- und Nachkriegszeit immer in Richtung der Historisierung der Autonomie verlagert hatte. Pointiert gesagt, einige Parlamentarier interessierten sich zunehmend dafür, welches Bild sie bei der Historisierung der Autonomiedebatten hinterlassen würden. Von langfristiger Bedeutung



In Malmedy setzte mit Bürgermeister Robert Denis (Bild) seit 1982 eine neue Phase der Erinnerungskultur im öffentlichen Raum ein. So setzte er sich ab 1984 für die Nennung der zwangseingezogenen und freiwilligen Wehrmachtssoldaten auf einer Gedenktafel am Kenotaph der Stadt ein.

war zudem, dass die Regierungen die Bedeutung von Geschichtsarbeit deutlicher erkannten.

„Autonomie geht sehr tief in die Herzen der Menschen“

Am 23. Oktober 1998 feierte der RDG sein 25-jähriges Bestehen. In festlicher Stimmung fielen auch nachdenkliche Töne, die die Hervorhebung des Erreichten mit persönlicher Geschichtsbetrachtung mischten. Der Ecolo-Abgeordnete Lambert Jaegers (* 1952) stellte sich die Frage, ob und wie eine solche Selbstvergewisserung überhaupt möglich sei:

„Objektivität fällt mir schwer, obwohl oder vielleicht gerade weil ich die turbulenten Jahre der Entstehung der Kultur- und Gemeinschaftsautonomie als jugendlicher Zaungast mit relativ wenig Betroffenheit beobachtet habe, beschäftigt damals mit ganz anderen, wichtigeren Fragen. Objektivität fällt mir schwer. Ist sie nicht sogar unmöglich? Denn wir sind nicht nur Zeitzeugen, sondern auch als Akteure direkt betroffen. Objektivität fällt schwer, ist die Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft doch belastet von hochsensiblen Problemen der Vor- und Nachkriegszeit, die heute noch teilweise

Familien spalten. Ist sie doch belastet mit Vorurteilen, die uns heute noch begegnen. Belastet mit Wunden, die verheilt scheinen und doch plötzlich wieder aufbrechen. Objektivität fällt mir schwer. Denn wie im Rahmen dieser Festsitzung Euphorie und Ernüchterung verknüpfen, denn wie Geleistetes und Versäumtes als Synthese darstellen, denn wie durch eine kritische Analyse des Geschehenen die Freude am Erreichten nicht trüben? Ich weiß es nicht.“⁵⁸

Ungewöhnlich an dieser Rede war der Fragemodus, nicht zuletzt geprägt von der Suche nach der Antwort, wie es sein könnte, dass die Geschehnisse der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts immer noch so weit in die Gegenwart reichen konnten. Auch hier war – wenngleich unausgesprochen – die Niermann-Affäre nicht sehr weit. Jaegers artikulierte zumindest ein Unwohlsein beim Gedanken an diese Vergangenheit. Der Kontrast konnte jedenfalls kaum größer sein zu einer Rede, die der gleichaltrige Karl-Heinz Lambertz, der die Geschichte der Autonomie fast von Beginn an begleitet hatte, ein Jahr zuvor gehalten hatte und in der er einen betont affirmativen Ton an den Tag legte:

„Autonomie, das ist auch etwas, was sehr tief in die Gefühle und in die Herzen der Menschen geht. Wir haben das Anfang der 80er Jahre in diesem Hause beeindruckend erlebt, als wir leidenschaftlich darüber diskutiert haben, ob wir deutsche Gemeinschaft oder deutschsprachige Gemeinschaft heißen möchten. Wir haben uns damals aus Gründen der Abgrenzung zu unseren deutschen Nachbarn als Deutschsprachige Gemeinschaft betitelt. [...] Wir stehen heute, etwa 20 Jahre später, erneut vor einer ähnlichen Problematik. Unsere gleichzeitige Zugehörigkeit zum belgischen Staat, zur Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Wallonischen Region bringt uns dann in Bedrängnis, wenn diese Einheiten nicht mehr nur als Träger von Kompetenzen und Verwaltern von Mitteln dastehen, sondern zu staatlichen Einrichtungen auf einer gliedstaatlichen Ebene werden, die eine eigene Identität suchen. In Belgien ist das relativ einfach. Deshalb waren wir auch so gerne Anfang der 80er Jahre deutschsprachige Belgier.“⁵⁹

Lambertz betätigte sich bisweilen mit Leidenschaft als inoffizieller Parlamentschronist, immer bereit, dem politischen Gegner lange zurückliegende Aussagen vorhalten zu können.⁶⁰

Auch der CSP-Kammer- und RDG-Abgeordnete Albert Gehlen bewies mehrmals sein Interesse an der Historisierung der parlamentarischen Arbeit. So bemerkte er 1991, dass

„es sich für einen Juristen bzw. für einen Historiker tatsächlich einmal lohnen [würde], diese Geschichte zu schreiben, was Parlamentarier für Ostbelgier in all diesen Jahren getan und bewegt haben“.⁶¹

In einer Diskussion um die fünfte Staatsreform und die Refinanzierungsgesetze im Jahr 2000 legte er seine Sicht auf die Entwicklung der Autonomie unter dem Motto „Die Gunst der Stunde“ dar:

„Da hat für uns, die Deutschsprachige Gemeinschaft, in diesem Belgien die Gunst der Stunde gespielt. Das ist, weil Flamen und Wallonen bzw. Brüsseler sich eine Autonomie gegeben haben, die letzten Endes dazu geführt hat, dass wir diese Autonomie bekommen haben. Es ist nicht aus unserem Identitätsbewusstsein allein gewachsen, wenn wir diese Autonomie haben, sondern es ist auf eine Gunst der Stunde in vielen Jahrzehnten zurückzuführen, wo der belgische Staat das geworden ist, was er letzten Endes ist, nämlich eine parlamentarische Monarchie mit drei Gemeinschaften und drei Regionen.“⁶²

Die Feststellung, dass die Autonomie der Deutschsprachigen Gemeinschaft ein Nebenprodukt des Konfliktes zwischen Flamen und französischsprachigen Belgiern ist, ist auch geschichts- und politikwissenschaftlicher Konsens. Dass es nicht zuerst eine von einer breiten Masse getragene Autonomiebewegung gab, hatte jedoch langfristige Folgen für das politische Engagement für die Autonomie in der Region. In der Mitte der 1990er Jahre gab schließlich ein Großteil der Bevölkerung in Meinungsumfragen an, mit dem Autonomiestatut zufrieden zu sein.⁶³

Inwiefern die Autonomie jedoch zu einer Überwindung der Vergangenheitsangst beitrug, ist nicht leicht zu beantworten – weder auf gesellschaftlicher noch auf politischer Ebene. So war es Anfang der 2000er Jahre immer noch selten der Fall, dass parlamentarische Redebeiträge direkt auf die Publikationen von Geschichtsforschenden rekurrierten, wie etwa als Lambertz mit Blick auf rechtsradikale Manifestationen in Flandern und im deutsch-niederländischen Grenzland unter Verweis auf Ruland und Kartheuser aus-

führte, dass „unsere ostbelgische Geschichte auf diesem Gebiet eine besonders interessante und inhaltsschwere [ist]“.⁶⁴ Bereits 1998 hatte er bei der Eröffnung der Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ in Aachen mit Rekurs auf die ältere Forschung ein schonungsloses Bild der Selbstgleichschaltung Ostbelgiens im Zweiten Weltkrieg gezeichnet.⁶⁵

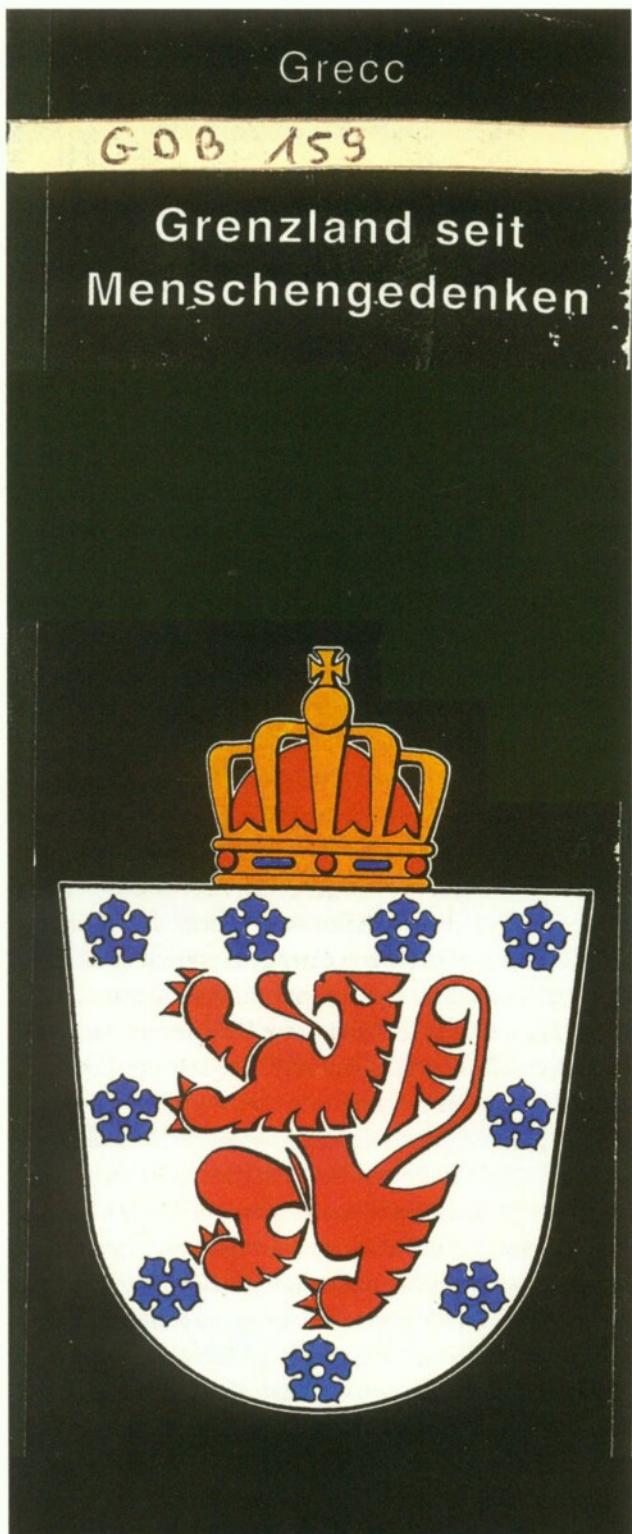
Empirische Befunde zum Wissen über die regionale Geschichte gab es für Schüler: In einer Erhebung des Abiturjahrgangs 1998 hatten sich hier enorme Defizite aufgetan. Wegweisende Daten für die ostbelgische Geschichte des 20. Jahrhunderts waren entweder schlicht nicht bekannt oder konnten nur schwer zu allgemeingeschichtlichen Entwicklungen in Verbindung gesetzt werden.⁶⁶ Die Diagnose einer mangelnden Behandlung der Regionalgeschichte im Geschichtsunterricht war nicht neu. Fragen wirft jedoch die Tatsache auf, dass sich zehn Jahre nach der Übertragung des Unterrichtswesens an die Deutschsprachige Gemeinschaft nichts geändert zu haben schien.

„Unsere Existenzberechtigung können wir ausschließlich aus unserer Geschichte herleiten“

Die fehlenden Lehrmittel und die potenziellen Gefahren der Nichtthematisierung der regionalen Vergangenheit für die Autonomie hatte der CSP-Politiker Werner Hilgers (1933-2015) bereits 1985 unter dem Beifall des Geschichtslehrers Joseph Dries beschworen:

„Unser ganzes Streben nach Autonomie, Selbständigkeit, Erhalt von Kultur und Sprache hat nur dann einen Sinn, wenn wir die nachfolgenden Generationen von der Notwendigkeit dieser Bestrebungen überzeugen können. Denn wenn dies nicht von der jungen Generation erkannt wird, werden alle Mühen eines Tages im mangelnden Geschichtsbewußtsein versanden. Geschichte war schon immer der Mutterboden der Kultur. [...] der Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft [sollte], vielleicht im Wettbewerb, ein Geschichtsbuch von hiesigen Geschichtslehrern erstellen lassen, das für das Sekundarschulwesen zum Pflichtfach gehören sollte.“⁶⁷

Der Appell blieb ohne Folgen. Auch nach der Vergemeinschaftung des Unterrichtswesens blieb die Thematisierung der Regionalgeschichte an die Lehrperson gebunden.



Die sogenannten „Bibliokassetten“ aus dem Jahr 1990 waren der Auftakt zu einer mehrere Jahrzehnte anhaltenden, intensiven Beschäftigung mit der Geschichte des 20. Jahrhunderts des deutschen Sprachgebietes.

Praktische Hilfestellung leisteten die bereits erwähnte Quellensammlung von Cremer und Mießen und die Zeitleiste, die von einer Gruppe von Freiwilligen des Geschichtsvereins „Zwischen Venn und Schneifel“ 2003 realisiert worden war. Strukturelle Veränderungen traten erst mit der Implementierung neuer Rahmenpläne für das Unterrichtswesen im Jahr 2008 ein. Die parlamentarischen Dokumente geben keinen Aufschluss über Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien. Zur Hilfestellung für die Lehrenden wurde 2013 ein von der Universität Eichstätt unter Mitarbeit von regionalen Historikern entwickeltes mBook zur Verfügung gestellt.⁶⁸ Mit der 2007 erfolgten Integration der von Herbert Ruland initiierten Forschungsstelle Grenzgeschichte in die für die Bildungswissenschaften zuständige Autonome Hochschule in der DG sollte dort die Verbindung zwischen Geschichtsforschung und politischer Bildung gestärkt werden. Ruland vertrat die DG zudem in verschiedenen internationalen Gremien mit erinnerungspolitischen Zielen wie der International Holocaust Remembrance Alliance.⁶⁹

Auch die Forschungsförderung wurde gestärkt. Dabei spielten nicht zuletzt politische Kontakte und Vergleiche mit anderen Grenzregionen eine immer größere Rolle. Die historische Entwicklung von Autonomiestatuten seit dem Ende des Ersten Weltkrieges bot 2010 Anlass zu einer Tagung in Sankt Vith.⁷⁰ Wegweisend war sicherlich das von Lambertz und dem Fachbereichsleiter Außenbeziehungen im Ministerium der DG, Stephan Förster (* 1979), aus dem Schweizer Kanton Schaffhausen importierte Konzept einer umfassenden Regionalgeschichte, das als Inspiration für die seit 2013 erscheinende Reihe „Grenzerfahrungen. Eine Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens“ diente. Die zunehmende Professionalisierung der Geschichtsforschung erlaubte 2014 die Gründung des Zentrums für Ostbelgische Geschichte (ZOG), das als Plattform und Forschungsinfrastruktur in der Gemeinschaft, aber auch darüber hinaus dient.⁷¹ 2020 erarbeitete das Zentrum mit dem Centre for Contemporary and Digital History der Universität Luxemburg die von der DG finanzierte Online-Ausstellung „Zeitschichten. Erkundungen eines Zwischenraums“.⁷²

Gleichzeitig fehlt es für die Bewertung und Einordnung der verstärkten Geschichtsarbeit und der Vermittlung von Geschichte in die breitere Öffentlichkeit an belastbaren Daten.⁷³ Gerade im Unterrichtswesen sollten Datenerhe-

bungen zu den Kenntnissen und Kompetenzen im Fach Geschichte regelmäßig organisiert werden können, um neue Wege zu erproben und zu evaluieren. Auch die von der Deutschsprachigen Gemeinschaft in regelmäßigen Abständen durchgeführten Meinungsumfragen, die über das Verhältnis der Bewohner zur Autonomie und zur regionalen Politik Aufschluss geben sollen, sind für die Analyse der Verbreitung von Geschichtswissen nur von begrenztem Nutzen.⁷⁴

„Wir brauchen eine strikte Unterscheidung zwischen Wissenschaft und Politik“

Seit 2008 bestimmen die Regionalen Entwicklungskonzepte die Leitlinien ostbelgischer Politik. Im dritten REK, das im April 2011 vorgelegt wurde, kam der Geschichtsarbeit erstmals eine größere Rolle zu. Im Teilprojekt „Stärkung der regionalen Identität und der Außenkontakte der Bürger der DG“ erfolgte der „Anstoß zum systematischen Befassen mit der eigenen Geschichte“.⁷⁵ Deutlicher noch wurde REK 4 vom September 2015, in dem das Projekt „Geschichte erleben“ explizit die Dynamik im Bereich Geschichtsforschung aufgriff:

„Die Regierung begrüßt die vorhandene Dynamik und möchte – wie bereits in der vergangenen Legislaturperiode im Rahmen der ersten Umsetzungsphase des Regionalen Entwicklungskonzepts (REK I) – die historische Arbeit weiter unterstützen. Die Regierung tut dies in der festen Überzeugung, dass die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte eine wichtige Zutat für die Weiterentwicklung der Identität(en) der deutschsprachigen Belgier ist, die gleichermaßen durch ein gesundes Selbstbewusstsein und eine möglichst große Offenheit geprägt sein sollen. Von besonderer Bedeutung sind daher auch Forschungs- und Vermittlungsvorhaben, die die Geschichte des Gebietes der heutigen DG in einen europäischen bzw. transnationalen Kontext stellen und dabei das dialogische Erinnern über Sprach- und Landesgrenzen mit den anderen Gemeinschaften und Nachbarregionen fördern.“⁷⁶

Die Umsetzung dieses Arbeitsprogramms wurde schließlich als Auftrag für das Zentrum für Ostbelgische Geschichte definiert.⁷⁷ Es war Teil des Kapitels „Grenzregion DG“. Durch den Willen der politischen Akteure wurde die Geschichtsarbeit zum Bestandteil der Standortpolitik der

Regierungen. Auch die Opposition konnte damit etwas anfangen, wie die Ecolo-Abgeordnete Franziska Franzen (* 1953) in einer Debatte über das REK bemerkte:

„Es soll kräftig kommuniziert werden, damit die Menschen auf den REK-Zug aufspringen. Man will ihnen die Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft und deren Wurzeln näherbringen, damit sie sich emotional mit ihrer Region verbunden fühlen.“⁷⁸

Dass die Regionalgeschichte zu einem Standortfaktor wurde, ist nicht pauschal zu kritisieren. Problematisch wird es, wenn auch die wissenschaftliche Aufarbeitung nur als Teil der Standortpolitik begriffen wird. Dies gilt strukturell, wenn die Förderung unter primär ökonomischen Gesichtspunkten betrachtet wird und nicht unter der Prämisse, dass Geschichtsarbeit eine an die Fundamente der Gemeinschaft rührende Daueraufgabe ist. Die Gefahr besteht zudem inhaltlich, dass die tatsächlichen oder vermeintlichen Tabus der Vergangenheit ersetzt werden durch die publikumswirksame Betonung der Unterstützung von Forschung, aus deren Ergebnissen dann aber nichts folgt. So wohnt beispielsweise der Rede von der Erfolgsgeschichte der Autonomie das schädliche Potenzial inne, vor dem Hintergrund einer schwierigen Vergangenheit die Kritik an gegenwärtigen politischen Verhältnissen entschärfen zu wollen. Beispiele für die Erzählung einer Erfolgsgeschichte finden sich einige, so betonte Parlamentspräsident Alexander Miesen (* 1983; PFF) in einer Feierstunde zu Beginn der Veranstaltungen zur 100-jährigen Zugehörigkeit der Region zu Belgien im Beisein von König Philipp:

„Diese 100 Jahre sind in Teilen eine sehr schwierige und in anderen Teilen aber auch eine sehr glückliche Geschichte. 100 Jahre Ostbelgien, das bedeutet etwa Krieg und Zerstörung, mehrere Nationalitätswechsel, eine Volksbefragung, die keine war, die Bedrohung der eigenen Kultur und Sprache, eine angebliche Befreiung durch Nazideutschland, Zwangssoldaten, eine sogenannte Säuberung und ein Identitätskonflikt. 100 Jahre Ostbelgien, das sind aber auch Frieden und Wohlstand, Aufbruch in das Bewusstsein zur eigenen Kultur, eine weitgehende Gleichstellung mit Flamen und Frankophonen, ein weitreichendes Autonomiestatut mit eigenem Parlament und eigener Regierung und die große Errungenschaft zur Anerkennung der deutschen Sprache in Belgien.“⁷⁹

Dass in der Politik eine noch weitgehend unkritische Würdigung der Geschichte der Autonomie weit verbreitet ist,⁸⁰ liegt allerdings auch daran, dass diese Geschichte von den Historikern bisher noch kaum geschrieben wurde. An dieser Stelle muss jedoch die Bemerkung erlaubt sein, dass Regierungen, Parteien und Politiker in der Deutschsprachigen Gemeinschaft bei der Abgabe ihrer Dokumente an Archive bisher äußerst zurückhaltend und schon gar nicht systematisch agieren.

Der CSP-Politiker und Historiker Jérôme Franssen (* 1982) erhielt in einer dem ZOG gewidmeten Ausschusssitzung Zustimmung dafür, als er die Rede von der „Erfolgs geschichte“ als „Werturteil“ bezeichnete und auf die notwendige Unterscheidung zwischen Politik und Wissenschaft hinwies.⁸¹ Ministerpräsident Oliver Paasch (* 1971; ProDG) pflichtete dem bei und lieferte seine Überzeugung, dass „die Geschichtsarbeit in der DG in jeglicher Hinsicht unabhängig von der Politik arbeitet und sich frei entfalten kann“. Zuvor hatte er bemerkt, „dass wir [natürlich] die Erkenntnisse der Geschichtsforschung auch politisch werten dürfen“.⁸²

Die Aussagen in der Debatte von 2018 müssen auch vor dem Hintergrund gelesen werden, dass Kritiker seit der Herausgabe der „Grenzerfahrungen“ und der Gründung des Zentrums für Ostbelgische Geschichte eine von der Politik gegängelte Geschichtsforschung behaupteten und von „Regierungshistorikern“ sprachen.⁸³ Dem lag nicht zuletzt die Überzeugung zugrunde, bei den „Grenzerfahrungen“ handele es sich um „offizielle“, d.h. von der Regierung in Auftrag gegebene Geschichtsschreibung. Man kann durchaus bedauern, dass eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Titel der Buchreihe „Eine Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft“ und deren Anspruch, eine „Vielfalt an Sichtweisen und Perspektiven“⁸⁴ zu vermitteln, nicht stattfand und die Ergebnisse der Forschungsarbeiten in der Region nicht breiter diskutiert wurden. Geschichte, allen voran Zeitgeschichte, ist auch eine Demokratiewissenschaft, die ihren aufklärerischen Anspruch in die Gesellschaft trägt. Insofern ist öffentliche Kritik zu akzeptieren, wenn sie sachlich begründet ist und sich inhaltlich mit Argumenten auseinandersetzt.⁸⁵ Dass eine Institution wie die Deutschsprachige Gemeinschaft seit den 2010er Jahren verstärkt in die Förderung der Erforschung der Geschichte investiert – auf der ihre verfassungsmäßige Stellung gründet –, ist zu begrüßen.

Es scheint heute so, als ob Vergangenheitsangst im Parlament keine herausragende Rolle mehr spielt. In einer Ausschusssitzung, die im Rahmen der 100-Jahr-Feierlichkeiten den Begriff „Ostbelgien“ und seine Verwendung thematisierte, nahm der von der historischen Forschung eingeführte Begriff des Zwischenraums einen wichtigen Platz ein.⁸⁶ Keine Frage, im Plenarsaal ist der Blick auf die Vergangenheit konsensual geworden. Dabei muss offenbleiben, inwiefern der kritische Blick auf die jüngere Geschichte eine Rolle bei der Konfrontation mit Themen spielen kann, die vor dem Hintergrund globaler, aber auch europäischer und nationaler Entwicklungen an Bedeutung gewinnen und den ostbelgischen Zwischenraum vor neue Herausforderungen stellen. Diese Herausforderungen betreffen im Übrigen auch die Geschichtswissenschaft, die sich ihnen nicht nur als „Vorgeschichte der Gegenwart“ stellen muss: Migrationsgeschichte, Klima- und Umweltgeschichte, Geschlechtergeschichte, aber auch klassische Fragen nach sozialer Gerechtigkeit müssen in den nächsten Jahren stärker in den Fokus rücken – auch in regionalgeschichtlicher Perspektive. Dabei muss ebenso deutlich sein, dass der Umgang mit der Vergangenheit kein Privileg und keine ausschließliche Aufgabe von Historikern und Politikern sein darf, sondern die gesamte Gesellschaft betrifft.

Endnoten

- 1 Unter der Moderation von Roland Van Opbroeke (1932-1990) nahmen daran außerdem De Wilde, sein VRT-Kollege Etienne Verhoeven (* 1945), Fagnoul, der in den 1930er Jahren aus NS-Deutschland geflüchtete Journalist Kurt Grünebaum (1910-1988), der ehemalige Lütticher Provinzgouverneur und Widerstandskämpfer Pierre Clerdent (1909-2006), der Bürgermeister von Malmedy, Robert Denis (* 1940), und der BRF-Journalist und Heimatforscher Hubert Jenniges (1934-2012) teil.
- 2 VRT-Archiv, Debatte im Anschluss an die Folge „Belgen tegen will en dank“ der Reihe „De kollaboratie“, 17.11.1985, 2' 30"-3' 14", 3' 53"-4' 05".
- 3 Vgl. Freddy Cremer, „Verschlussache“ Geschichte. Über den Umgang mit der eigenen Vergangenheit, in: Carlo Lejeune, Andreas Fickers, Freddy Cremer (Hrsg.), Spuren in die Zukunft, Büllingen 2001, S. 8-26.
- 4 Andreas Fickers, Gedächtnisopfer. Erinnern und Vergessen in der Vergangenheitspolitik der deutschsprachigen Belgier im 20. Jahrhundert, in: *zeitenblicke* 3 (2004), <http://zeitenblicke.historicum.net/2004/01/fickers/index.html> (2.2.2023); Christoph Brüll, Andreas Fickers, Zwischentöne. 100 Jahre Ostbelgien (1920-2020). 8 Radioessays, Eupen 2020, S. 140 f.
- 5 Vgl. ebd., S. 125-139.
- 6 Frank Biess, Republik der Angst. Eine andere Geschichte der Bundesrepublik, Reinbek bei Hamburg 2019, S. 32.
- 7 Allgemein zum Begriff der Angst in emotionsgeschichtlicher (deutscher) Perspektive siehe Ute Frevert, Angst, in: dies., Mächtige Gefühle. Von A wie Angst bis Z wie Zuneigung. Deutsche Geschichte seit 1900, Frankfurt a. M. 2020, S. 31-51.
- 8 Annales Parlementaires Chambre 1985-1986, Sitzung vom 5. Dezember 1985, S. 122 (Übersetzung aus dem Französischen C. B.). Dort auch die folgenden Zitate.
- 9 Freddy Cremer, Annexion, Assimilation, Autonomie. Zur Geschichte der deutschsprachigen Gemeinschaft. II. Teil, in: I&M, 1994, Nr. 3, S. 7; ders., Verschlussache, in: Lejeune/Fickers/Cremer, Spuren in die Zukunft, S. 23 f.
- 10 Freddy Derwahl, Die boches, die BRT und wir, in: Grenz-Echo, 23.11.1985, S. 1.
- 11 Carlo Lejeune, Die boches, die BRT und das Grenz-Echo, in: Grenz-Echo, 27.11.1985, S. 9. Siehe auch Christoph Brüll, Ein (un)möglicher Dialog? Überlegungen zum Verhältnis von Zeithistorikern und Schriftstellern in Ostbelgien, in: Arvi Sepp, Lesley Penné (Hrsg.), Ostbelgische Querverbindungen. Literarische Repräsentationen einer Grenzregion, Münster/New York 2023, S. 22-38, hier S. 26 f.
- 12 Carlo Lejeune, Christoph Brüll, Geschichtsschreibung als Spiegel des Zeitgeistes. Von der Vereinnahmung der Geschichte zur Europäisierung der Erinnerungskultur, in: Carlo Lejeune, Christoph Brüll, Peter M. Quadflieg (Hrsg.), Grenzerfahrungen. Eine Geschichte der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, Bd. 4: Staatenwechsel, Identitätskonflikte, Kriegserfahrungen (1919-1945), Eupen 2019, S. 366-391; Philippe Beck, Christoph Brüll, Peter M. Quadflieg, Weltkriege in der Region. Militärdienst und Kriegserfahrungen als Lebenserfahrung in: ebd., S. 140-169.
- 13 Carlo Lejeune, Die fehlende Auseinandersetzung mit der Vergangenheit in Ostbelgien (1-6), in: Grenz-Echo, 20.6., 21.6., 22.6., 23.6., 25.6., 26.6.1990. Das Zitat in Teil 3 (22.6.1990, S. 5). Der Beitrag ging zurück auf eine von Herbert Ruland mit der Volkschule der Ostkantone veranstaltete Tagung (siehe Herbert Ruland, Kolloquiumsbericht. Ostbelgien und der 10. Mai 1940. Zeitgeschichte, Verdrängung und Aktualität. Büllingen 12. Mai 1990, Eupen 1991).
- 14 Vgl. Brüll, Dialog, in: Sepp/Penné (Hrsg.), Querverbindungen; Lejeune/Brüll, Geschichtsschreibung, in: Lejeune/Brüll/Quadflieg (Hrsg.), Grenzerfahrungen, Bd. 4.
- 15 Freddy Derwahl, Das schwierige Datum, in: Grenz-Echo, 5.5.1990, S. 1.
- 16 Nicolas Dewald, L'indemnisation des enrôlés de force dans l'armée allemande, Lizenzarbeit in Geschichte, Universität Lüttich, 2004-2005; Peter M. Quadflieg, Keine Lösungen für die Zwangssoldaten? Kampf um Anerkennung und Statut, in: Carlo Lejeune, Christoph Brüll (Hrsg.), Grenzerfahrungen. Eine Geschichte der deutschsprachigen Gemeinschaft, Bd. 5: Säuberung, Wiederaufbau, Autonomiediskussionen (1945-1973), Eupen 2014, S. 34-45; Eva Maria Klos, Umkämpfte Erinnerung. Die Zwangsrekrutierung im Zweiten Weltkrieg in Erinnerungskulturen Luxemburgs, Ostbelgiens und des Elsass (1944-2015), Doktorarbeit, Universität Trier und Universität Luxemburg, 2017.
- 17 Vgl. Christoph Brüll, Vom Abklingen der „Phantomschmerzen“. Die Bundesrepublik und „Eupen-Malmedy“ (1949-1985), in: Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins 119/120 (2017/2018), S. 353-384, hier S. 355-358.
- 18 Annales Parlementaires Chambre, 1974, Sitzung vom 4. Juli 1974, S. 927. Evers darf über die Jahrzehnte ein durchaus rustikales Verständnis der regionalen Vergangenheit attestiert werden (siehe Cremer, Verschlussache, in: Lejeune/Fickers/Cremer, Spuren in die Zukunft, S. 17 f.).
- 19 RdK, Sitzungsperiode 1979-1980, Ausführlicher Bericht, 26.11.1979, S. 106.
- 20 Ebd., S. 115.
- 21 Ebd., S. 108.
- 22 Zu den Debatten siehe Annales Parlementaires Chambre 1983-1984, Sitzung vom 12. Mai 1984, S. 1623-1634.
- 23 RdK, Sitzungsperiode 1981-1982, Ausführlicher Bericht, 6.2.1982, S. 231. Evers verwies nochmals darauf, dass es sich um eine belgische Angelegenheit handele, unbeschadet möglicher Verhandlungen mit der Bundesrepublik (ebd., S. 248).
- 24 RDG, Sitzungsperiode 1987-1988, Nr. 9, Ausführlicher Bericht, 1.3.1988, S. 478.
- 25 Ebd., S. 489. Siehe auch Cremer, Verschlussache, in: Lejeune/Fickers/Cremer, Spuren in die Zukunft; Peter M. Quadflieg, Die „Zwangsrekrutierung“ im Westen. Eupen-Malmedy, Luxemburg, Elsass und Lothringen, in: ders., Frédéric Stroh (Hrsg.), L'incorporation de force dans les territoires annexés par le IIIe Reich 1939-1945, Straßburg 2016, S. 29-39, hier S. 30.
- 26 Annales Parlementaires Chambre 1988-1989, Sitzung vom 27. April 1989, S. 2333 f. Dort auch alle folgenden Zitate.
- 27 Zur Vorgeschichte der Niermann-Affäre siehe Brüll, Abklingen, S. 377-383. Zum Verlauf der Niermann-Affäre siehe Cremer, Verschlussache, in: Lejeune/Fickers/Cremer, Spuren in die Zukunft.
- 28 Siehe die mediengeschichtliche Darstellung von Andreas Fickers in diesem Band.
- 29 Vgl. RDG, Sitzungsperiode 1997-1998, Bericht des Untersuchungsausschusses zur Hermann-Niermann-Stiftung, 16.9.1997.
- 30 Christoph Brüll, Vom Dazwischen-Sein. Eupen-Malmedy in den deutsch-belgischen Beziehungen 1919-1949, in: Lejeune/Brüll/Quadflieg (Hrsg.), Grenzerfahrungen, Bd. 4, S. 64-85.
- 31 Tatsächlich hatte es zwischen 1964 und 1970 geheime deutsche Zahlungen vonseiten des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen und anderer Akteure, wie der Deutschen Bischofskonferenz, an ostbelgische Vereinigungen gegeben. Siehe Brüll, Abklingen, S. 371 ff.

- 32 RDG, Sitzungsperiode 1987-1988, Dokument 46 (1986-1987), Nr. 4, 17.9.1987; RDG, Sitzungsperiode 1987-1988, Nr. 1, Ausführlicher Bericht, 15.9.1987, S. 22. Siehe auch Cremer, Verschlussache, in: Lejeune/Fickers/Cremer, Spuren in die Zukunft, S. 15.
- 33 Eine Suche mit dem Stichwort „Niermann“ fördert in den Digitalisaten der Parlamentspresseschau „Von Woche zu Woche“ zwischen 1987 und 2019 756 Treffer zutage, 79 davon betreffen die Zeit nach 1997.
- 34 Vgl. den Beitrag von Andreas Fickers in diesem Band; Cremer, Verschlussache, in: Lejeune/Fickers/Cremer, Spuren in die Zukunft, S. 15.
- 35 Ebd.
- 36 An dieser Stelle soll nicht mehr ausführlich an die entsprechende Debatte aus dem Jahr 1980 erinnert werden. Siehe zuletzt Brüll/Fickers, Zwischentöne, S. 131 f.
- 37 Die Ansicht, die Affäre habe das ostbelgisch-deutsche Verhältnis geklärt, vertritt Freddy Derwahl, dessen BRF-Berichterstattung am Beginn der Niermann-Affäre stand. Siehe Freddy Derwahl, Das Ende von Degenien, in: GrenzEcho, 6.3.2017, S. 3.
- 38 RDG, Sitzungsperiode 1987-1988, Nr. 2, Ausführlicher Bericht, 1.10.1987, S. 107.
- 39 Ebd., S. 115.
- 40 Johann Weynand (1923-1997; CSP) scheiterte 1968 und 1971 zweimal am Einzug in den belgischen Senat trotz überragender Votzustimmenergebnisse in Ostbelgien. 1971 brachte der FDF-Senator Bourgeois die Kriegsvergangenheit Weynands mit angeblichen neonazistischen Umtrieben in Ostbelgien in Verbindung. Die Empörung war enorm. Siehe Hubert Jenniges, Hinter ostbelgischen Kulissen. Stationen auf dem Weg zur Autonomie des deutschen Sprachgebiets in Belgien, Eupen 2001, S. 97-100. Eine historische Sicht bei Christoph Brüll, Freddy Cremer, Werner Mießen, „Hilf dir selbst, dann hilft dir Gott.“ Verzerrende Geschichtsbilder und fehlendes Selbstbewusstsein, in: Lejeune/Brüll (Hrsg.), Grenzerfahrungen, Bd. 5, S. 46-103, hier S. 76 f.
- 41 Zur Rolle des Familiengedächtnisses in Ostbelgien siehe Andreas Fickers, Christoph Brüll, Kumulative Heroisierung und situativer Opportunismus. Ein Experiment kollektiver Gewissensprüfung, in: Lejeune/Brüll/ Quadflieg (Hrsg.), Grenzerfahrungen, Bd. 4, S. 8-39.
- 42 RDG, Sitzungsperiode 1987-1988, Nr. 2, Ausführlicher Bericht, 1.10.1987, S. 118.
- 43 tim (= Willi Timmermann), RDG-Debatte kein Glanzlicht, in: Aachener Volkszeitung, 3.10.1987.
- 44 Z. B. RDG, Sitzungsperiode 1990, Nr. 2, Ausführlicher Bericht, 1.10.1990; Sitzungsperiode 1997-1998, Nr. 2, Ausführlicher Bericht, 20.10.1997; RDG, Sitzungsperiode 1995-1996, Dokument 21 (1995-1996), Nr. 4, 2.10.1995.
- 45 RDG, Sitzungsperiode 1998-1999, Nr. 11, Ausführlicher Bericht, 25.5.1999, S. 624.
- 46 Zu den Diskussionen siehe Fickers, Gedächtnisopfer; Christoph Brüll, Minderheitenangst und Zerfallsfurcht. Vorstellungen von der Zukunft Belgiens in den Autonomiedebatten der deutschsprachigen Belgier seit den 1980er Jahren, in: Europäisches Journal für Minderheitenfragen, 2023/2.
- 47 Vgl. Bernard Ludwig, Andreas Lisenmann, Einleitung, in: dies. (Hrsg.), Frontières et réconciliation. L'Allemagne et ses voisins depuis 1945, Brüssel 2011, S. 27-41, hier S. 41.
- 48 Zum Folgenden Lejeune/Brüll, Geschichtsschreibung, in: Lejeune/Brüll/Quadflieg (Hrsg.), Grenzerfahrungen, Bd. 4; Brüll, Dialog, in: Sepp/Penné (Hrsg.), Querverbindungen, S. 27 ff.
- 49 Es ist zwar ein kalendarischer, aber kein intellektueller Zufall, dass mit Lejeune/Fickers/Cremer, Spuren, Jenniges, Kulissen, sowie Bruno Kartheuser, Die 30er Jahre in Eupen-Malmedy, Neundorf 2001, gleich drei Werke im Jahr 2001 erschienen, die zur Debatte um die ostbelgische Vergangenheit beitrugen. Als Quintessenz können die Überlegungen bei Freddy Cremer, Eine Hypothese: Keine moralische Verpflichtung einer Selbstinterfragung, in: Carlo Lejeune/Klaus-Dieter Klauser (Hrsg.), Die Säuberung, Bd. 3: Verdrängte Erinnerungen – 340 Zeitzeugen berichten, Büllingen 2008, S. 330, gelesen werden.
- 50 Werner Mießen, Die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens. Bibliografie 1945-2002, 2 Bde., Eupen 2003; Christoph Brüll, Historiographie und Zeitgeschichte in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens: eine Bestandsaufnahme, in: ders. (Hrsg.), Zoom 1920-2010. Nachbarschaften neun Jahrzehnte nach Versailles, Eupen 2012, S. 145-162; Peter M. Quadflieg, Die „terra incognita“ des belgischen Föderalstaates. Stand der historischen Forschung über die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens, in: Sebastian Bischoff/Christoph Jahr/Tatjana Mrowka/Jens Thiel (Hrsg.), Belgica – terra incognita? Resultate und Perspektiven der Historischen Belgienforschung (= Historische Belgienforschung 1), Münster/New York 2016, S. 204-213.
- 51 Obwohl der RDG nicht zuständig war, da es sich um eine nationale/ föderale Institution handelt, gab es Debatten – z. B. um den Standort, aber auch weil die DG rasch einen Teil des Personals finanzierte. Siehe RDG, Sitzungsperiode 1987-1988, Nr. 14, Ausführlicher Bericht, 9.5.1988, S. 728-734; Sitzungsperiode 2001-2002, Nr. 18, Ausführlicher Bericht, 24.6.2002, S. 1217-1223. Siehe auch Peter M. Quadflieg, Geschichte des Staatsarchivs in Eupen, in: ders., Bestände des Staatsarchivs in Eupen, 3. Aufl., Brüssel 2019.
- 52 Vgl. RDG, Sitzungsperiode 1991-1992, Nr. 2, Ausführlicher Bericht, 19.10.1992, S. 45 f.
- 53 Vgl. Staatsarchiv Eupen (künftig: SAE), Sammlung Minke, E.2.3., Nr. 250, Alfred Minke, Note das Historische Zentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft (DG) Belgiens betr., 10.11.2001.
- 54 Vgl. SAE, Sammlung Minke, E.2.3., Nr. 250, Freddy Cremer, Andreas Fickers, Carlo Lejeune, Konzept für eine offene Geschichtsarbeit in der DG, o. D.
- 55 Vgl. Heinz Godesar, Zurückhaltung für Gründung einer Geschichtswerkstatt, in: Grenz-Echo, 21.10.2003, S. 6.
- 56 Vgl. Cremer, Verschlussache, in: Lejeune/Fickers/Cremer, Spuren in die Zukunft, S. 16 f.
- 57 Vgl. Heinz Godesar, Zurückhaltung für Gründung einer Geschichtswerkstatt, in: Grenz-Echo, 21.10.2003.
- 58 RDG, Sitzungsperiode 1998-1999, Nr. 2, Ausführlicher Bericht, Festakt 25 Jahre RdK/RDG, 23.10.1998, S. 34.
- 59 RDG, Sitzungsperiode 1997-1998, Nr. 6, Ausführlicher Bericht, 18.12.1997, S. 313.
- 60 Vgl. z.B. RDG, Sitzungsperiode 2001-2002, Nr. 17, Ausführlicher Bericht, 10.6.2002, S. 1100.
- 61 RDG, Sitzungsperiode 1990-1991, Nr. 8, Ausführlicher Bericht, 18.3.1991, S. 299.
- 62 RDG, Sitzungsperiode 1999-2000, Nr. 13, Ausführlicher Bericht, 26.6.2000, S. 845.
- 63 Brüll, Minderheitenangst.
- 64 RDG, Sitzungsperiode 2000-2001, Nr. 13, Ausführlicher Bericht, 14.5.2001, S. 767.
- 65 Karl-Heinz Lambertz, [Eröffnungsrede zu] Ausstellung Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht. Aachen, 17.4.1998, in: ders., Bevor man redet, sollte man wissen, worüber man spricht, Eupen 1999, S. 95-99.

- 66 Carlo Lejeune, Andreas Fickers, Freddy Cremer, Jugend '98. In *guter Gesellschaft? Meinungsbilder aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens*, Büllingen 1998; Cremer, Verschlussseite, in: Lejeune/Fickers/Cremer, Spuren in die Zukunft, S. 22.
- 67 RDG, Sitzungsperiode 1984-1985, Nr. 7, Ausführlicher Bericht, 26.2.1985, S. 240 f. (dort das Zitat); Nr. 8, Ausführlicher Bericht, 28.2.1985, S. 298 f. (dort das titelgebende Zitat für diesen Abschnitt).
- 68 Eine Auswertung aus Sicht der beteiligten Forschenden bei Waltraud Schreiber, Christiane Bertram, Ein multimediales Geschichtsbuch in der Anwendung. Wie empirische Studien helfen können, Geschichtsunterricht besser zu verstehen, in: Thomas Sandkühler/Charlotte Brühl-Gramer/Anke John (Hrsg.), *Geschichtsunterricht im 21. Jahrhundert: eine geschichtsdidaktische Standortbestimmung*, Göttingen 2018, S. 441-464, https://edoc.ku.de/id/eprint/21880/1/Beitr%C3%A4ge_PDF_Verlage_zu_eigenen_Beitr%C3%A4gen_.pdf (28.3.2023).
- 69 Die Webseite grenzgeschichte.eu ist trotz der Auflösung der Stelle und ihrer Ersetzung durch das Institut für Demokratiepädagogik 2018 noch online.
- 70 Die Tagungsbeiträge sind veröffentlicht in Brüll, Zoom.
- 71 Lejeune/Brüll, Geschichtsschreibung, in: Lejeune/Brüll/Quadflieg (Hrsg.), *Grenzerfahrungen*, Bd. 4.
- 72 www.zeitschichten.be (28.3.2023).
- 73 Mit diesen Fragen beschäftigte sich beispielsweise der 2022 erstmals in Ostbelgien organisierte Belgische Tag der Zeitgeschichte, der von Historikerinnen und Historikern an allen belgischen Universitäten getragen wird, <https://www.contemporanea.be/fr/article/2022editoijhcdngeupen2022> (28.3.2023).
- 74 Vgl. https://ostbelgienstatistik.be/desktopdefault.aspx/ta-bid-2354/4663_read-69270 (28.3.2023). Siehe auch Brüll, Minderheitenangst.
- 75 Norbert Heukemes (Hrsg.), *DG – Ostbelgien leben 2025. Regionales Entwicklungskonzept der Deutschsprachigen Gemeinschaft*, Bd. 3, Eupen 2011, S. 32. Siehe auch Peter M. Quadflieg, Autonomie und Archiv: Der Aufbau einer Überlieferung für die Institutionen der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens im Staatsarchiv Eupen, in: Verband deutscher Archivarinnen und Archivare (Hrsg.), *Verlässlich, richtig, echt – Demokratie braucht Archive*. 88. Deutscher Archivtag in Rostock, Fulda 2019, S. 21-30.
- 76 Norbert Heukemes (Hrsg.), *DG – Ostbelgien leben 2025. Regionales Entwicklungskonzept der Deutschsprachigen Gemeinschaft*, Bd. 4, Eupen 2015, S. 103.
- 77 Vgl. PDG, Sitzungsperiode 2018-2019, Dokument 62 (2018-2019), Nr. 12, 15.4.2019, S. 27.
- 78 PDG, Sitzungsperiode 2010-2011, Nr. 14, Ausführlicher Bericht, 27.9.2010, S. 24.
- 79 Redebbeiträge anlässlich des Festakts vom 18. Januar 2019 zur Eröffnung der Feierlichkeiten in Bezug auf die 100-jährige Zugehörigkeit des deutschsprachigen Gebietes zum Königreich Belgien, in: PDG, Sitzungsperiode 2018-2019, Dokument 10 (2018-2019), Nr. 5, 16.6.2019, S. 50.
- 80 Siehe z. B. die ostbelgischen Beiträge in: *Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens* (Hrsg.), *Mögliche Szenarien einer Staatsreform nach 2019. Analysen und Perspektiven im aktuellen belgischen Kontext* (Schriftenreihe der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens 9), Eupen 2019.
- 81 PDG, Sitzungsperiode 2017-2018, Bulletin der Interpellationen und Fragen, Nr. 39, 24.5.2018, S. 14.
- 82 Ebd., S. 22 (dort auch das titelgebende Zitat für diesen Abschnitt).
- 83 Brüll, Dialog, in: Sepp/Penné (Hrsg.), *Querverbindungen*, S. 33 f. Diese Einlassungen müssen vor dem Hintergrund gelesen werden, dass die finanzielle Unterstützung der von Bruno Kartheuser herausgegebenen Literaturzeitschrift *Krautgarten* vonseiten der DG drastisch gekürzt wurde, was 2017 zu ihrer Einstellung führte.
- 84 Christoph Brüll, David Engels, Andreas Fickers, Els Herrebout, Carlo Lejeune, Peter Quadflieg, *Historische Spuren einer Grenz- und Randregion*, in: Carlo Lejeune, David Engels (Hrsg.), *Grenzerfahrungen. Eine Geschichte der Deutschsprachigen Gemeinschaft*, Bd. 1: Villen, Dörfer, Burgen (Altum und Mittelalter), Eupen 2015, S. 8-11. Hevorhebung C.B.
- 85 Beispielsweise zum Band 4: Klaus Pabst, in: *Das Historisch-Politische Buch* 68 (2020), Heft 1, S. 80; Jens Thiel, *Historische Zeitschrift* 310 (2020), Heft 3, S. 781 f.; Marnix Beyen, in: *Rheinische Vierteljahrsschriften* 85 (2021), S. 346 f.; Marc Schengen, in: *Hémecht* 72 (2020), Heft 3, S. 387-391.
- 86 Vgl. PDG, Sitzungsperiode 2019-2020, *Bulletin der Interpellationen und Fragen*, Nr. 6, 1.4.2020, S. 7-29, hier S. 8. Zum Begriff des Zwischenraums siehe Brüll/Fickers, *Zwischentöne*, S. 7, 32-36.